

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. 1950-1951 1950

49 (7.12.1950)



Berlin produziert:
Stator eines Turbogenerators mit einer Leistung von 70.000 kVA bei 10.500 V.
Durchmesser 3000 mm, Gewicht 95 t, wird in der AEG-Turbinenfabrik, Berlin-
Moabit, gefertigt. Er handelt sich um einen Exportauftrag. Der Transport ist
nur auf einem selbstartigen Sonderfließbandwagen möglich.

„Notfalls mit Machtmitteln...“

Die Totalitarität ist eine Krankheit, die man, zumindest im Westen, als überwinden betrachtet hat. Soweit sie faschistische Ursprünge hat, hat man sie ausgespart. An ihre Stelle tritt aber zusehends eine solche rotter oder sozialistischer Provenienz, die um so gefährlicher ist, als sie dort nieder, wo man die Demokratie geradezu gepredigt haben will. Diese Krankheit, die von Kurzsichtigkeit, Mächtigungs- und Intoleranz begleitet wird, kann man in ihren Auswirkungen u. a. auch in England feststellen. Dort wurden, wie die „Frankf. Allg. Zeitung“ berichtet, von der sozialistischen Verwaltung der Grafschaft Durham die Angestellten und Arbeiter vor die Wahl gestellt, der Gewerkschaft beizutreten oder den Dienst zu quittieren. Nur Ärzte und Lehrer, beides Mangelberufe, haben diese Aufforderung abgelehnt. Das Ultimatum der laboursocialistischen Verwaltung blieb von der Öffentlichkeit nicht unbeschadet. Die Verwaltung mußte von höchster Stelle zurückgetrieben werden und ihre Forderung vorläufig fallen lassen. Damit ist nicht gesagt, daß sie nicht im geeigneten Augenblick neu gestellt werden wird.

Bei uns treten derartige Aufforderungen nicht so sehr in Erwägung, denn sie werden nicht so massiv und generell erhoben. Immerhin kann man an Einzelheiten die gleiche Tendenz beobachten. So hat eine Bankfirma vor kurzem einen Hilfsarbeiter „wegen Mordung des Arbeitsfriedens“ entlassen müssen. In einer Feststellungsblase vor dem Arbeitsgericht in Hemsel, wie der Arbeiter darauf hin, daß die Entlassung lediglich zur Veranlassung des Betriebsrates erfolgt sei, weil er, der Arbeiter,

sich geweigert habe, der Gewerkschaft beizutreten. Er sehe in der Kündigung eine Verletzung der Grundrechte. Der Unternehmer stelle dem Arbeiter ein gutes Zeugnis aus und erkläre, daß er ihn lediglich deshalb gekündigt habe, weil er um den Arbeitsfrieden besorgt war. Der Betriebsrat betonte seinerseits, daß sich der Kläger mit seiner Weigerung, der Gewerkschaft beizutreten, außerhalb der Belegschaft gestellt habe. Das Gericht wies die Klage ab. Es stellte fest, daß zwar niemand gezwungen werden könne, einer Gewerkschaft beizutreten und Nichtmitgliedschaft kein Kündigungsgrund sein dürfe, andererseits müsse der Betriebsrat und den Arbeitern aber das Recht zugestanden werden, darüber zu bestimmen, mit wem sie zusammenarbeiten wollten. Diesem Rechtsstandpunkt hat sich die zweite Instanz, das Landesarbeitsgericht in Hannover, nicht angeschlossen, was immerhin erfreulich ist. Der Anwalt des Klägers vertrat jedenfalls die Ansicht, daß der Zwang zur Gewerkschaftsbeitritt verfassungswidrig sei und gegen das Grundgesetz verstoße.

Von den in der Bundesrepublik beschäftigten rd. 15,5 Mill. Angestellten und Arbeitern sind rd. ein Drittel in Gewerkschaften organisiert. Es ist also im höchsten Maße bedenklich, wenn sie sich als Mitglieder entgegen allen demokratischen Prinzipien für bereit erklärt hätten, ihre Forderungen jeweils „mit allen gewerkschaftlichen Machtmitteln“ durchzusetzen, wozu, obwohl diese Forderungen teilweise so weitgehend sind, daß sie die heutige wirtschaftliche Struktur der Bundesrepublik unumkehrbar drohen.

Überbewertete Satzungen

Der frühere Landesgruppenleiter Dr. Ehrlich, der bis vor kurzem Referent in einem Ministerium war, hat beim Bonner Landgericht einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen den Deutschen Gewerkschaftsbund gestellt, weil dieser in einer Broschüre den Antragsteller als „Feind der Demokratie“ usw. bezeichnet, der nicht geeignet sei, ein öffentliches Amt auszuüben. Der Antrag Ehrlichs wurde vom Bonner Landgericht abgelehnt. Ein Angriff gegen die Ehre des Antragstellers ist gegeben, sollte das Gericht für den „Feind der Demokratie“ ist für einen Angestellten oder Beamten „ohne Zweifel eine schwere Beleidigung“. Nichtsdestowenig vertritt das Gericht die Auffassung, der Angriff des DGB sei nicht widerrechtlich erfolgt, denn die im wahren rechtlichen Bereiche seien so bedeutend, daß ein Eingriff in den Ehrenschutz des Antragstellers in Kauf genommen werden müsse. Daß der DGB in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe, schließt das Gericht aus der Bedeutung des DGB und seiner Satzungen. Wenn also der DGB kraft § 2 seiner Satzung den „Kampf für die Sicherung und den Ausbau der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes“ führt, dann stehen die damit verbundenen Handlungen gewissermaßen unter dem Schutz des Gesetzes.

Wir haben aber auch ein Grundgesetz, an das wir in diesem Zusammenhang erinnern. Und dieses Grundgesetz garantiert dem deutschen Staatsbürger gleiches Recht und gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt. Voraussetzung ist die Eignung, Befähigung und die fachliche Leistung. Der DGB spricht Dr. Ehrlich, als ehemaligem Landesgruppenleiter, die Eignung für die Stellung eines Referenten ab, wobei die ordnungsgemäße Entlassung keine Berücksichtigung erfährt, denn aus ihr oder dem Verfahren ergäbe sich nicht die Eignung für den Zugang zu öffentlichen Ämtern. Das Gericht schied sich dieser Auffassung an.

Nach diesem vom Bonner Landgericht getrettenen Urteil ist die Möglichkeit der Entlassungsbefugnis wertlos. Der DGB kann kraft irgendeines Paragraphen seiner Statuten praktisch über jeden ihm Mißbilligen unter Berufung auf „Wahrung berechtigter Interessen“ ein Verurteil abgeben, das die Existenz des Betroffenen vernichtet. Damit besteht für einen großen Teil der Staatsbürger die Gefahr, daß die ihnen im Grundgesetz garantierten Rechte zur freien Entfaltung der Persönlichkeit eingeschränkt werden.

Es ist in hohem Grade unmoralisch, einen Teil des deutschen Volkes weiterhin so deklariert. Die Regierung kündigt in diesen Tagen an, unter die Entlassungsbefugnis ein solches Schlußrecht zu geben. Die Bilanz dürfte die traurigste der deutschen Geschichte sein. Nunmehr wäre es an der Zeit, die im Grundgesetz verankerten Rechte des Staatsbürgers zu verteidigen. Und das ist mit die Aufgabe der deutschen Gerichte.

c/o Richter

„Kinder Eifer schadet nur“, und „Allzu scharf macht schartig“. Das mußte einmal wieder die „National Zeitung“ vom Sonntag, den 26. 11., erfahren, als sie unter einer Balkenüberschrift „Skandalen und Gladiatoren für USA“ in großer Aufmachung auf der ersten Seite den Brief eines Amerikaners abdruckte und noch besonders stolz darauf war, diesen Originalbrief von den „Aachener Nachrichten“ übernehmen zu können. Er geht hier nicht um den Inhalt des Briefes, der die „National Zeitung“ so in Harnisch bringt, es geht darum, daß ein der Schreiber des Briefes zum „Richter“ avancieren soll. Sie tut es, weil sie jetzt von führenden politischen Kreisen Amerikas im Zusammenhang mit dem Brief sprechen kann. Herr Lamberts, der Schreiber des Briefes, gibt nämlich als Adresse an c/o Richter, was bekanntlich das Deutsche Übersetzt „per Adresse Richter“ heißt, womit Herr Lamberts eben in Unterlinie bei Herrn Richter wohnt. Immerhin, die Aachener Nachrichten haben diesen Lapsums vermerkt und schickten an einen Herrn Lamberts gesprochen.

Vielleicht hätte es der Redaktion der „National-Zeitung“ auffallen können, daß der Brief an den früheren General Manteuffel c/o „Diplomatisches Bulletin“ adressiert ist, um

Publicity

Vor kurzem drückten interessierte Kreise in den USA auf den Publicity-Knopf und schlagartig erschien in der amerikanischen und westeuropäischen Presse — vom kleinsten Provinzorgan bis zur Weltpresse — das Bild einer schönen Frau. Wer etwa annahm, daß ein neuer Hollywood Star „gemacht“ werden sollte, der irrte. Aus dem Begleittext zu diesem Ereignis in den USA geht hervor, daß es sich um den neuen stellvertretenden Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten handelt, eine Frau Rosenberg, die als kleines Mädchen einst aus Budapest nach den

Produktionshöhe nicht mehr zu halten

Spareinlagen steigen, Konkurse auch - Hohe Weihnachtsumsätze, Dauerarbeitslosigkeit wächst
Kohlenförderung steigt, aber zwei Hochöfen und zwei Papierfabriken wurden stillgelegt

In der politischen Küche wird tüchtig gearbeitet und es sieht so aus, als ob eine Entlastung als eine neue Belastung bevorsteht. Die Wirtschaft wird also noch vorsichtiger sein müssen, aber es ist nicht anzunehmen, daß die Entlastung bereits zu legendärem Zusammenbruch der Spekulation führt. Es könnte höchstens sein — und das scheint auch so —, daß nun auch auf wirtschaftlichem Gebiet keine weiteren Verfestigungen und neue Beihilfen ausströmen werden. Aber da sich die politische Küche nicht in ihre Töpfe sehen lassen, muß die Wirtschaft sehen, wie sie mit ihrem Hauptfeld, der Unsicherheit fertig wird.

Fatalistische Stimmung

Zum erstenmal ist jetzt eine Zahl genannt worden, die trotz ihres ausschließlich politischen Charakters auch die Wirtschaft interessiert: 100.000 Soldaten soll Deutschland aufstellen. Da können wir uns an Hand unserer Erfahrungen mit dem 100.000-Mann-Heer Besondere Prägung unter Berücksichtigung der wesentlich teurer gewordenen Ausrüstung einmal

im stillen Kämmerlein ausrechnen, was uns das kostet. Das wird alles jetzt sehr schnell gehen. General Eisenhower wird in den nächsten Tagen erkannt werden und nach Europa kommen, und dann wird die Aufstellung der europäischen Armee im Tempo der US-Industrie vor sich gehen. Unsere Gedanken und der Widerstand, den das deutsche Volk immer wieder zeigt, brauchen wir hier nicht noch einmal zu erwähnen. Die schwedische Zeitung „Svenska Dagbladet“ hat sich von ihrem Bonner Korrespondenten einen Bericht geben lassen, der die Überschrift trägt: „Fatalistische Stimmung herrscht in Deutschland“. Darin stehen folgende Sätze: „Man hält in Bonn den Atem an vor der Krise, die sich jetzt entwickelt. Man scheint damit zu rechnen, daß die Viermächtekonferenz zustande kommt und man erwartet von ihr nichts Gutes für Deutschland“. Da es sich jetzt um Krieg oder Frieden dreht, sinkt das deutsche Problem mehr und mehr in den Hintergrund“. In diesem Tönen geht es weiter. Ein internationaler, objektiver Beobachter sieht vielleicht mehr als wir und

richtiger. Was bleibt uns? Zitieren wir Herrn Goethe aus dem Egmont: „Uns bleibt nichts, als mung gefaßt die Zügel festzuhalten und vom Steine hier, vom Steine da die Räder wegzulassen. Wobin es geht, wer weiß es?“. Für die deutsche Wirtschaft bedeutet dies: Vom Steine hier, also von der Rohstoffverknappung und vom Steine da, also von der Gefahr übermäßiger Preissteigerungen, die Rohstoffe wegzulassen. Das ist uns bisher erstaunlich gut gelungen. Wer heute in Deutschland die Preise treibt, das wissen wir, entweder sind es die wichtigen Rohstoffe, für deren Preisentwicklung die Engländer ebenso wie die Amerikaner verantwortlich sind. (Die steigenden Gold- und Devisenbestände in England sprechen eine zu deutliche Sprache.) Oder sind es die Preissteigerungen, die jetzt von der Bundesregierung und den Behörden beschlossen werden müssen: Kohle, Eisen, Gas, Strom und Bundesbahnfahrkarte. Oder es sind unverantwortliche Maßnahmen der Bank deutscher Länder, wie das Schulbeispiel Knutschuk zeigt, über das wir an anderer Stelle des Blattes ausführlich berichten.

Industrie und Handel bewährten sich

Nicht die deutsche Industrie und der Handel, sondern die Behörden treiben die Preise hoch. Es ist ganz sicher ein Vorwerk gegen die deutsche Wirtschaft. Es war auch höchste Zeit, die Herren Bundesminister, die durch solche Redensarten zum Fenster hinaus glauben einen Applaus mehr einzuheimsen zu können, sollen vor ihrer eigenen Tür kehren. Nehmen wir ein Beispiel heraus. Der Kaufschuppreis liegt heute etwa fünfmal so hoch wie im vorigen Jahr, die deutsche Knutschuk-Industrie aber kalkuliert mit den Durchschnittspreisen der Bestände, die sie auf Lager hat — ganz gegen die betriebswirtschaftliche Regel des Wiederbeschaffungspreises. Sie nimmt damit einen nicht unerheblichen Substanzverlust in Kauf. Mehr kann man wirklich von der Wirtschaft nicht verlangen.

Spareinlagen steigen

Es ist überaus viel erstaunlich, so z. B., daß die Spareinlagen im Oktober weiter gestiegen sind, und zwar ziemlich erheblich. Der Einzahlungsbetrag im Oktober betrug 48 Mill. DM gegen nur 33 Mill. DM im September. Die Spareinlagen im Bundesgebiet liegen jetzt schon wieder bei 3,7 Mrd. DM. Die westdeutschen Lebensversicherungsunternehmen stellen fest, daß der Neuzugang heute fast so groß wie vor dem Kriege ist. Der Versicherungsbestand liegt heute bei 13 Mrd. DM, von wo 3 Mrd. auf Neuzugang und 10 Mrd. auf alte verlängerte Versicherungen entfallen. Gewiß hatten wir 1937 einen Gesamtversicherungsbestand von 10 Mrd. DM, aber dieses Verhältnis 4:1 ist heute als erstaunlich zu bezeichnen. Auch in Westberlin ist im November der Spareinlagenbestand stärker gestiegen als im Oktober.

Konkurse nehmen zu

Besonders ist die Zunahme der Konkurs- und Vergleichsverfahren, die seit August da ist, durchaus möglich, daß im Januar ansehender Kohle gefördert wie gebraucht wird. Außerdem wird Aachen noch einmal mit den Herren Kommissaren wegen des Kohlexports verhandeln. Wir glauben auch daran, daß die Bemühungen der OEEC auf einen gemeinsamen europäischen Rohstoffkauf Erfolg haben werden und bald sichtbare Ergebnisse zeigen werden. Jedenfalls sind von internationaler Seite starke Bestrebungen im Gange, das Produktionsvolumen in Europa erheblich zu steigern. Vierländer Blücher sprach von diesem Volumen in Höhe von 200 Mrd. Dollar an Rohstoffe der bisherigen Vorkriegszeit. Wir wissen, daß die USA nicht daran denken, daß man dieses Ziel mit dem ganzen Kraft anstrengt, die zur Verfügung steht. Daß dazu Kapital und Rohstoffe zur Verfügung gestellt werden müssen, leuchtet auch einem Nichtfachmann ein. Und die USA haben Rohstoffe, haben Rohstoffe aufgeschichtet, haben mehr Rohstoffe aufgeschichtet als sie für ihre Rüstung brauchen. Man wird diese Bestände bald lockermachen und wahrscheinlich dabei auch die Preise auf ein erträgliches Maß heruntersetzen. Sonst kann nämlich Europa gar nicht da leisten, was die USA erwarten, und was wir zur Erhöhung unseres Lebensstandards wünschen müssen. H.

Treuhanderschaft verpflichtet

Das deutsche Volk wünscht freundschaftliche Beziehungen zu allen seinen Nachbarn, insbesondere aber zu Österreich. Das kann jeder Österreicher, der sein Weg in die Bundesrepublik führt, ohne weiteres feststellen. Wir haben vor kurzem — und zwar ebenfalls im Zusammenhang mit der Frage der deutschen Vermögenswerte in Österreich — auch den Wunsch der österreichischen Nachbarrepublik nach einem freundschaftlichen Verhältnis zu Deutschland hervorgehoben. Immerhin gibt es ein Problem, das, soll man das erfordern, gegenseitige Vertrauen wiedergewinnen, bereinigt werden muß, nämlich die schwebenden deutschen Vermögenswerte in Österreich. Man sei, daß diese Frage im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht spröde ist, aber die Zeit eilt und die Bundesrepublik dürfte in absehbarer Zeit einen hohen Grad ihrer Souveränität zurückgewinnen. Und eines Tages wird diese Frage behandelt werden müssen. Deshalb

Was wird? Rohstoffpreise steigen, Agrarpreise sinken

Kohleferien in der Weihnachts- und Neujahrswoche erwogen

Wir wissen jetzt, daß die Kohle teuer wird. Die Bundesregierung hat eine durchschnittliche Erhöhung von 450 DM je t vorgeschlagen. Dabei sollen der Hausbrand, nur um 2 DM, aber die Kohlen für die Schwerindustrie um 8 DM je t verteuert werden. Daß auch Eisen und Stahl teurer wird, ist klar. An der Erhöhung der Gas- und Strompreise wird zur Zeit gearbeitet. Etwas 1 Pfg. je kWh wird wahrscheinlich herauskommen. Eine solche Verteuerung wären nicht nötig, man könnte sie noch einmal bei den Elektrizitätswerten erwecken, wie man solche Kostenerhöhungen im Betrieb auftragen kann. Was man von privatem Betrieb verlangt, wird man auch von den öffentlichen Betrieben erwarten dürfen.

die Hüttenwerke Ruhrort-Meiderich haben sich entschieden, sofort in einen Hochofen stillzuliegen. Es wird ernsthaft erwogen, in der Woche zwischen Weihnachten und Neujahr und in der ersten Woche im neuen Jahr die Betriebe stillzuliegen, also Kohleferien abzuhalten. Da die deutschen Kohlelieferungen nach Frankreich in den letzten 3 Monaten dieses Jahres von 700.000 auf 600.000 t gesunken sein sollen, hat die französische Regierung die Kohlexporte aus Frankreich und der Saaz nach der Bundesrepublik eingestellt. Die französischen Textilfabriken haben an Stelle der erforderten 2000 t nur 1250 t Stahlwerke für den Dezember erhalten. Betriebsunternehmungen von 20% und eine bedeutende Vermehrung des Lebensstandards der schaffenden Bevölkerung sind unvermeidlich.

In der Märktenothekindustrie bemüht man sich, trotz gestiegenen Rohstoffpreises, die Preise zu halten. In anderen Branchen werden erst im Laufe des Winters oder Frühjahr die Preise ansteigen. Die Frühjahrskollektionen in Schuhen werden z. B. um 15% höher im Preis sein. Auch Fahrrad- und Autoreifen sowie andere Gummiartikel werden im Februar oder März noch einmal eine Preissteigerung erfahren. Die Zelluloseindustrie hat ihre Preise erhöht.

Bei den übrigen wichtigen Rohstoffen ist vorläufig noch alles in der Schwebe. Allerdings beginnt man jetzt in Europa den USA den Vorwurf der Handelsbarrieren zu machen, der nicht ganz unberechtigt ist. Es werden z. B. Pläne ausgearbeitet, um einen gemeinsamen Rohstoffkauf in Europa zu organisieren. Die OEEC bemüht sich sehr stark, damit. Darüber hinaus empfiehlt die OEEC weitgehend Eisenstoffe zu verwenden, wo es möglich ist. Auch werden die USA gebeten, das Verbot der Verweisung von europäischem Rohstoff für den Ankauf amerikanischer Kohle aufzuheben. Der Bundeswirtschaftsminister kündigte vor einigen Tagen an, daß sich in Deutschland Verwendung Verbote der Verwendungsbegrenzungen durchgeführt würden. An welche Rohstoffe Herr Erhard dabei gedacht hat, wissen wir noch nicht. Das Schlimme ist nur, daß wir in Deutschland zur Schüttelung in der Lage sind, Rohstoffe zu verwenden, z. B. Kupfer durch Aluminium zu ersetzen, da man es ja auch die Aluminiumproduktion auf ein unerträgliches Minimum beschränkt hat. Auch Brasilien dürfen wir bisher nicht fabrizieren. Selbst wenn dieses Verbot aufgehoben wird, dauert es noch 2 bis 3 Jahre, bis wir so viel Eisen produzieren können, daß man von einer merklichen Entlastung von der Rohstofffrage sprechen kann.

Dagegen gehen auf landwirtschaftlichem Gebiet eine Reihe von Preisen laufend und sicher zurück. Der Schweineauftrieb war in den letzten Tagen so groß, daß nur unter Nachgeben der Preise bis zu 2 DM je Zentner das Angebot eines Käufers fand. Die Fleischkonserven haben ihre preisrückende Funktion behalten. Das Angebot in Bismarck war sehr reichlich, konnte aber durchweg annähernd abgesetzt werden. Das Angebot an Südrindern geht weiter, aber der Bedarf sinkt. Die Preise zeigen sinkende Tendenz. In deutschen Anleihen kann sich nur allereinsten Tafelware überhaupt noch halten. Durch das starke Angebot an Milch- und Kühhäufeln konnten die Preise für Fritzeiler trotz der ungenügenden Jahreszeit kaum anheben. Der einzige Agrarmarkt, in dem eine ganz kleine Befestigung des Preises festzustellen ist, war Butter. Fische sind ebenfalls im Preise gefallen.

Wir wollen trotz allem nicht verkennen, daß die November-Zahlen der Produktion immer noch sehr günstig waren. Alle deutschen Automobilfabriken melden erhöhte Produktionszahlen, einen erhöhten Export. Überhaupt scheint der Export immer noch weiter zu steigen. So hat der deutsche Wachsachseexport in Südwesten, Musikinstrumenten in diesem Jahr bereits einen dem Vorkriegsstand ähnlichen Umfang angenommen. Im Stahlexport dagegen ist der Auftragsbestand geringer geworden, wahrscheinlich aber nur, weil die deutschen Betriebe nicht mehr so viel Aufträge heringekommen haben.

Die Sorge Nummer 1 ist die Kohle. Nach Erklärungen aus amtlichen Munde ist nur noch der Dezember kritisch. Dieser Hoffnung steht entgegen, daß die Hohe Kommission keinen Anlaß sehen, gegen die Entscheidung der Ruhrbehörde über die deutsche Kohlexportquote für das erste Quartal 1951 auf 60 Mill. t festzusetzen einzuschreiten. Tatsächlich ist allerdings die Steinkohlenförderung im November gestiegen und zwar auf 10,02 Mill. t, von denen fast 1/4 Mill. t auf die Sonderleistungen an Bonn- und Feiertagen entfiel. Von den 900.000 t, die für den Dezember befreit, fehlen jetzt nur noch 500.000 t. Bei diesem verhältnismäßig geringen Mangel befreit man nicht, daß es zu Stilllegungen kommen mußte. Bekanntlich haben zwei Papierfabriken wegen Kohlenmangels ihre Betriebe geschlossen. Notrufe von anderen Industrien sind täglich aus den Zeitungen zu sehen. Wenn die Kohlenleistung so gedrückt bleibt wie für Dezember vorgesehen, dürfte die Rohstoffindustrie, die im November noch 1,3 Mill. t betrug, auf 900.000 t zurückgehen. Die Hüttenwerke Oberhausen und

USA ausgewandert ist. Ein registrierter Reporter verließ ihr den schmalen Beinamen „Dynamite“. In Westeuropa, wo man die amerikanische Demokratie wahrscheinlich nie ganz begriffen wird, wundert man sich jedenfalls, daß unter Millionen tüchtiger Amerikaner kein für diesen Posten fähiger Mann zu finden war. Wir wollen damit nicht an den Qualitäten des neuen stellvertretenden Verteidigungsministers irgendwelche Zweifel hegen. Das steht uns gar nicht zu und außerdem sind wir offenerzig genug zu bestätigen, daß Frau Rosenberg nicht nur eine einnehmende Köchin, sondern auch die „bestenregierte Dame der USA“ ist. -sch-

Unsere Lageberichte

Ferrolegierungsbedarf kann noch gedeckt werden — Saisonrückgang im Fahrradgeschäft — Papierproduktion war im Oktober auf Nachkriegshöhe — Rohstoffvorsorgen in der Leinwandindustrie

rückläufig war. Im November hat sie sich zum erstenmal leicht erhöht, und zwar auf 391 gegen 383 im Oktober. Dabei hat nur die Zahl der Konkurrenz erheblich zugenommen, nämlich von 154 auf 210, die Vergleichsverfahren sind sogar zurückgegangen, von 115 auf 101. Am stärksten betroffen sind die Holzverarbeitenden und Maschinenbau-Firmen. Die Insassen des brennenden sind zahlenmäßig unverändert geblieben und in der Bauzeit- und Lieferfristsetzung ist eine leichte Entlastung eingetreten.

Gutes Weihnachtsgeschäft

Das Weihnachtsgeschäft läßt sich sehr gut an. Aus einer Reihe von Verkäufen liegen Meldungen über den ersten Verkaufserfolg vor. Darin heißt es fast übereinstimmend, daß die Fachgeschäfte und die Kaufhäuser Umsätze erzielten, die wesentlich über dem des Vorjahres liegen. Störungen um 25. ja sogar um 30 und 35 Prozent gegenüber 1949 werden nicht selten genannt. Für den nächsten Sonntag werden allgemein noch höhere Umsätze erwartet. Ein Teil dieser Umsatzerhöhungen, wenn auch der kleinere Teil, mag in gewissen Preisrückgängen zu suchen sein. Der wesentliche Grund liegt wohl in der inzwischen überall erfolgten Lohnerhöhungen zu suchen.

Struktur-Arbeitslosigkeit

Das darf uns aber nicht davon abblenden, immer wieder dem Problem der Arbeitslosigkeit größte Aufmerksamkeit zu schenken. Das Bundesarbeitsministerium mußte feststellen, daß die Zahl der Dauerarbeitslosen im Bundesgebiet, die länger als 6 Monate erwerbslos sind, trotz des allgemeinen Rückgangs der Arbeitslosigkeit in diesem Jahr zugenommen hat. Die Zahl der aus strukturellen Gründen arbeitslosen Menschen schätzte das Bundesarbeitsministerium auf rund 600.000 bis 1 Million. Seit Februar ist die Zahl der Dauerarbeitslosen um 64.000 gestiegen, während die Gesamtarbeitslosenzahl um 628.000 abnahm. Die Dauerarbeitslosigkeit konzentriert sich vor allem auf die Flüchtlingeländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. Die Ende August bei rund 88,7 Prozent aller Arbeitslosen fast 60% aller Dauerarbeitslosen im Bundesgebiet hatten. Der Anteil der Vertriebenen, an den Dauerarbeitslosen ist auch in den anderen Ländern stärker gestiegen als der der Einheimischen. Nur der Wohnungsmarkt kann einen Teil dieser strukturellen Arbeitslosigkeit beseitigen, und es besteht begründete Hoffnungen, daß wir auf diese Weise doch langsam diesem schwersten Problem zuleute gehen können.

Neben dieser strukturellen Arbeitslosigkeit hat nun auch die Saisonarbeitslosigkeit etwas zugenommen, aber wesentlich weniger als man erwarten mußte. Viel größere Sorge macht die Rohstoffversorgung und ihre Auswirkung auf die Arbeitslosigkeit. Wenn wirklich im Dezember die Stahlproduktion um 150 oder gar 200.000 t zurückgeht, so bedeutet das bereits eine erhebliche rückläufige Arbeitslosigkeit. Nach einer bekannten Faustregel schafft jede Tonne Rohstahl Beschäftigung für 10 Arbeitskräfte in der Weiterverarbeitung. Geht also die Rohstahlproduktion nur um 100.000 t im Monat zurück, so finden in den folgenden Monaten 1 Mill. Arbeitskräfte in der Verarbeitung keine Beschäftigung mehr.

ERP-Investitionsprogramm

Wenn die Kohlenförderung so weiter steigt, wie in den letzten Tagen, dann können wir damit rechnen, daß im Januar die ständige Kohlenreserve behoben ist. Gelingt dies nicht, dann ist auch das ERP-Investitionsprogramm für 1950/51 in die Luft geblieben. Dieses Programm sieht einen Hauptvorschlag mit einem Gesamtinvestitionsbetrag von 1.185 Mill. DM und einen Alternativvorschlag in Höhe von 800 Mill. DM vor. In diesem Programm sind die Mittel für Berlin imhundertverdreißig und die Beiträge für Flüchtlingeländer und Exportwirtschaft stark erhöht worden.

Freigabe der Treibstoffe

Es ist jetzt schon wieder ein Vorstoß gemacht worden, die Befreiung der Treibstoffe von der Bewirtschaftung zu erreichen. Es scheint, daß eine gewisse Aussicht darauf zum 1. Januar 1951 besteht. Das Bundesfinanzministerium vertritt allerdings diese Freigabe mit der Einführung der neuen Mineralölsteuer zu verknüpfen, etwa so: Wird die Mineralölsteuer eingeführt, dann kann man die Treibstoffbewirtschaftung aufheben. Diese Verknüpfung ist äußerst unerfreulich. Gewiß wird diese neue Mineralölsteuer einen Mehrwert für das laufende Haushaltsjahr von 130 Mill. DM bringen, aber wir bleiben auf unserem Standpunkt, daß diese Steuer falsch ist und daß prinzipiell eine Mineralölsteuer nur zweckgebunden sein darf.

Steuerpläne

Da wir gerade bei den Steuern sind, wird es die Wirtschaft interessieren, wann mit der Erhöhung der Einkommensteuer zu rechnen ist. Es scheinen Pläne zu bestehen, die Körperschaftsteuer um 3 oder gar um 10% zu erhöhen. Sicher ist aber, daß man den 5% über die Bewertungsfreiheit von Erbschaftsbesitzungen und den 5% über die Abschreibungsfreiheit von Fabrikgebäuden usw. streichen wird. Auch die Abschreibungsfreiheit bestimmter Betriebsausgaben wird eingeschränkt werden. Es wird weiter erwogen, die Umsatzsteuer um 1% zu erhöhen und gleichzeitig die Verbrauchsteuer für Kaffee, Tee und Tabak zu senken. Jedemfalls werden diese Neuerungen wohl nach dem 1. April effektiv werden können.

Es ist bedauerlich, daß der Finanzhaushalt des Bundesrates am 26. November beschlossen hat, die vorgeschlagene Erhöhung des steuerfreien Betrags bei Weihnachtsgartenerzeugnissen von 100 auf 200 DM abzulehnen. Nach dem Vorgesagten im vorigen Jahr war das leider kaum anders zu erwarten.

Vorrang der Besatzungsaufträge

Es ist vorläufig noch nicht zu übersehen, welche Verwendungsbefreiungen von der Bundesregierung angeordnet werden. Aber es hat sich in letzter Zeit schon herausgestellt, daß bei Aufträgen der Besatzungsaufträge Besatzungsaufträge Besatzungsaufträge an den Firmen verteilt werden, die in der Lage sind, die erforderlichen Rohstoffe ohne Inanspruchnahme der Behörden zu beschaffen. Es hat sich nun gezeigt, daß häufig Firmen Besatzungsaufträge übernehmen, ohne über die erforderlichen Rohstoffe zu verfügen. Diese Firmen waren infolgedessen gezwungen, andere Aufträge zurückzustellen. Diese Schwierigkeiten werden nicht geringer, sondern größer werden. Man wird also das Augenmerk hierauf besonders lenken müssen.

Unsichere Börsen

Ein kurzer Blick auf die Börsen: Der Anfang der vorigen Woche war schwach, das Ende der Woche brachte wieder eine gewisse Erholung. Am Anfang dieser Woche waren die Aktienkurse gut behauptet. Die Berliner Wahlen gehen eine gewisse Anregung. Trotz allem aber liegt über den deutschen Börsen die gleiche Unsicherheit, die auch in der deutschen Wirtschaft zu spüren ist. Die Unternehmungskurve ist nicht groß. Es sei aber gerade hier darauf aufmerksam gemacht, daß der Kurs der D-Mark im Ausland trotz der weltweiten Spannung stabil blieb. Dagegen führte in England stärkeres Angebot in englischen Pfunden und US-Dollar zu leichten Kursrückgängen. R.

Trotz der Weltwirtschaftskrise kann der Bedarf der Eisblechwerke in der Bundesrepublik an Ferrolegierungen noch einigermaßen gedeckt werden. Ernsth Schwierigkeiten sind bisher nur bei Nickel aufzutreten, wie der Verband deutscher Eisenblechwerke spricht. Gewisse Schwierigkeiten bestehen aber schon in der Versorgung mit Ferroblech, Kaliumsilber und Nib-Tantal. Die Verknappung an Nib-Tantal nimmt weiter zu, da am Weltmarkt keine Kolombierne zu kaufen sind. Infolge der gestiegenen Nachfrage trat vorübergehend auch eine Verknappung an Wolfram auf, zumal die Wolframminerale zum Teil später als zugekauft wurden. Es ist aber niemand für gekauft worden, so daß Klagen aus dem unklaren Fernen Osten vorläufig vorerst keine Versorgungsrisiken zu erwarten sind. Der Preis war allerdings am ersten Oktober 1950 auf 22 DM je kg Wolfram für die Inlandverwendung an und erreichte damit fast den australischen Preis.

Auch der Chrombedarf konnte gedeckt werden. Geringe Mengen an weichen Ferrochrom-Sulfaten wurden eingeführt, um den erheblichen Bedarf für nichtrostende Bleche mit 18% Chrom und 9% Nickel zu decken.

Fahrradgeschäft

Gut zwei Monate später als gewöhnlich ist im Fahrradgeschäft die Saison stillgestanden. Die Fahrradfabriken sind aber noch voll beschäftigt. Einzelne Fabriken arbeiten allerdings bereits auf Lager für den Frühjahr-Inlandsbedarf. Aus den Verhandlungen mit dem Handel ist der Eindruck gewonnen worden, daß dieser sich auf das Frühjahrsgeschäft 1951 besser als in diesem Jahr vorbereiten will. Man glaubt, daß der Bedarf nur wenig vorzugenommen ist und daß er in Folge der Rückgänge der Arbeitslosigkeit zunehmen wird. Vermutlich wird die Geschäftsbelegung 1951 früher und kräftiger als in den vergangenen Jahren einsetzen. Für die Ausfuhr der Fabriken sind die inländischen Märkte und der indonesische Markt sowie auch ihrer Aufnahmefähigkeit als auch nach ihren Preisen besonders bemerkenswert geworden.

Bei den Fahrradteilen-Fabrikanten scheint der geschätzte Auftragsbestand noch durchweg viele Beschäftigung bis Ende März 1951. Die Ausfuhr der Fahrradteile nach Frankreich verläuft stillig, und zwar auch zu Ländern, die über eine sonst ausreichende eigene Erzeugung verfügen oder die bisher ihren Bedarf nicht in Deutschland deckten. Indes, das bis vor wenigen Wochen von dem überläufigen Kontinent nur wenig eingeführt hatte,holt dies nunmehr durch so umfangreiche Bestellungen nach, daß die Werke noch nicht übersehen können, ob bis Jahresende alle Aufträge fristgemäß zu liefern sind.

Die Beschaffung von Rohstoffen, besonders von Ferroblech, führen, Rohstoffeisen, so wie Produktion ist für die Fahrrad- und Fahrradteile-Werke sehr schwierig. U-Verbindende Kohlenwasserstoffe zeigen einige Werke zur Einstellung der in erheblichem Umfang leisteten Überstunden-Arbeit.

Papierproduktion

Die Auftragsbestellung der Papier- und Fernschreibmaschinen-Werkzeugmaschinen hat sich auch im Oktober fortgesetzt. Sie belief sich auf 150.016 t d. Vorm. 144.199 t und hat damit einen neuen Nachkriegshöhestand erreicht. Von der Gesamtproduktion fielen auf Papier 107.408 t d. Vorm. 108.132 t, Papier 42.608 t d. Vorm. 39.095 t. Die Erzeugung von Zeitungsdruckpapier hat die Produktionszahlen des August noch nicht erreicht. Ende November sind wegen Kohlenmangels einige Papierfabriken stillgelegt worden.

Von der Gesamtproduktion entfielen im Vergleich zum Vormonat auf Sonderanfertigungen 17.956 (14.751) t, Zeitungsdrukpapier 14.327 (13.967), Druck- und Schreibmaschinen 25.694 (26.113) t, Packpapier 26.801 (27.225) t, Natriumpapier 12.490 (12.442) t, Maschinenpapier 23.856 (24.277) t, Handpapier 850 (767) t. Das Alltagsaufkommen hat sich im Berichtsmonat gegenüber dem September um rund 300 t auf insgesamt 50.188 (47.970) t erhöht. Der Export von Papier und Papp ist nach dem Sinken im September auf 5782 (4762) t.

Das Aufkommen an Altpapier hat in den letzten Monaten ständig zugenommen. Im September wurden der Papierindustrie 43.000 t Altpapier gemeldet, 21.000 t im April 1950 zur Verfügung gestellt. Damit beruht die Rückführung von Altpapier an die Fabrikanten im September 30 v. H. der Novemberproduktion. Unter Zurechnung der für den gleichen Monat festgestellten Importe konnte der Bedarf der Industrie über ihren Einsatz hinaus gedeckt werden. Verkaufszahlen an Zeitungsdrukpapier sowie mittelmitteln- und Natriumpapieren stehen in keinem Zusammenhang mit der Altpapierverwertung. Da dieses Rohstoff hauptsächlich die Herstellung von Packpapier und Papp dient, aber auch die Manufakturindustrie auf dem Markt dieser Papiere sind nicht auf fehlendes Altpapier zurückzuführen, da nach Angaben des Altpapier-Fachverbandes, Neues die Fabrikanten das Optimum ihrer Leistungen erreicht haben und infolgedessen sich bei stärkerer Anlieferung von Altpapier nicht mehr N-Produkte zur Verfügung stellen können. In Packereien wird angenommen, daß nach dem Weihnachts- und Osterngeschäft

ber werden. Man wird also das Augenmerk hierauf besonders lenken müssen.

Ein kurzer Blick auf die Börsen: Der Anfang der vorigen Woche war schwach, das Ende der Woche brachte wieder eine gewisse Erholung. Am Anfang dieser Woche waren die Aktienkurse gut behauptet. Die Berliner Wahlen gehen eine gewisse Anregung. Trotz allem aber liegt über den deutschen Börsen die gleiche Unsicherheit, die auch in der deutschen Wirtschaft zu spüren ist. Die Unternehmungskurve ist nicht groß. Es sei aber gerade hier darauf aufmerksam gemacht, daß der Kurs der D-Mark im Ausland trotz der weltweiten Spannung stabil blieb. Dagegen führte in England stärkeres Angebot in englischen Pfunden und US-Dollar zu leichten Kursrückgängen. R.

nalen Nachfrage nach Garnen dürfte es sehr fraglich sein, ob sich unter einer zunehmenden und rechtzeitigen Deckung des deutschen Bedarfs noch vornehmlich Liebe, wenn von den ausländischen Lieferanten die alten Kontrakte getrieben würden.

Für die Flachweinfuhr aus Belgien lassen die Dinge ähnlich. Es wird von der Leinwandindustrie darauf hingewiesen, daß im Gegensatz zu der kontingentierten Einfuhr die Devisenkontrollen für die Textil-Einfuhren im liberalisierten Verfahren auch heute noch einen beachtlichen Umfang haben. Die kontingentierten Einfuhr, besonders von hochwertigem Leinwand, sei aber für die Aufklärung von Leinwandwirts wesentlich wichtiger als die Erzeugnisse, die im liberalisierten Verfahren hereinkommen.

Der Mitte Oktober vom Bundeskabinett bewilligte Anbauzuschuß für Flachs und Hanf in Höhe von 4 Mill. DM ist noch nicht ausgezahlt worden. Die diesjährige Ernte wurde innerhalb von 13 v. H. von der Industrie überzogen und bezahlt. Die Beiträge, die von den Werken vorgelegt werden mußten, erreichten bei mehreren Betrieben 300.000 DM. Dadurch wird nicht nur die Liquidität der Industrie ungünstig beeinflusst, sondern auch die jetzt einsetzende Werbung für den nachfolgenden Anbau erschwert, für den die Bauern spätestens im Dezember ihre Dispositionen treffen.

Deutsches Weißblech kommt wieder

Abgesehen von der Erzeugung von Schwarzblech, das bisher an der Stelle von Weißblech für die Herstellung lackierter Konservendosen verwendet wurde, wird in Westdeutschland jetzt auch in zunehmendem Maße Weißblech erzeugt. Die Produktion belief sich monatlich auf etwa 10.000 bis 12.000 t. Die einzigen Erzeuger sind die der „Vereinigten Stahlwerke AG“ und der „Hörmannwerke Slegeland“ an der holländischen Grenze. Die Werke in Basellein, das zu Otto Wolff gehört. Die Produktionskapazität beider Werke verhält sich wie zwei zu eins.

Der Weißblech-Export belief sich im ersten Halbjahr 1950 auf etwa 20-25% der Produktionskapazität, hat sich aber in den letzten Monaten erhöht. Die Ausfuhr konnte erst nach 1940 aufgenommen werden, weil Weißblech der Exportkontrolle unterlag und die französische Militärregierung nur zeitweilig Exportlizenzen für kleine Mengen freizah.

Im ersten Quartal 1950 belief sich der deutsche Weißblechexport auf nur 4431 t. Im zweiten Quartal belief er sich auf 11.290 t. Er stellte sich im Juli auf 5146 t, und im August auf 6159 t. Die Ausfuhr richtete sich im Juli und August auf folgenden Metzen nach den nachfolgenden Ländern: China 2024 t und 1219 t; Spanien 430 bzw. 1942 t; Hongkong 921 bzw. 945 t; Holland 425 bzw. 942 t; Schweden 430 bzw. 449 t und Argentinien 120 bzw. 126 t.

Der Markt für deutsches Weißblech hat in der letzten Zeit dadurch, daß die amerikanische Exporte kontrolliert wurden, eine bemerkenswerte Ausweitung erfahren. Es bestehen aber immer noch Schwierigkeiten, die sich aus dem Exportbeschränkungsverfahren ergeben. Im Hinblick auf den steigenden Bedarf an Eisen und Stahl hat das Wirtschaftsministerium ein neues Mittel der Exportkontrolle für Eisen- und Stahlzeugnisse geschaffen. Wie berichtet, liegen in Bonn Anträge für die Erteilung von Exportlizenzen für 12.000 t Weißblech vor.

Die Weißblechwerke richten sich gegenseitig nach dem ungewöhnlich gestiegenen Zinnerium und liegen je nach Menge und Abmessungen zwischen 230 und 395 Dollar je t. 100 oder 24 und 28 Dollar je Kiste. Welche nachteiligen Folgen die Exportbeschränkungen für die deutsche Industrie insgesamt haben können, zeigt ein Vorgesagtes der Exportkontrolle. Ein Aufschlag von 10% auf den Preis würde zu erheblichen Schwierigkeiten führen, und diese Schwierigkeiten sind, eröffnet sich für die westdeutschen Erzeuger auf den Exportmärkten recht gute Aussichten. h.b.

„Deutsche Heimat im Osten“

Die vor kurzem in den Messehallen am Reichs Park am Teltow eröffnete Ausstellung „Deutsche Heimat im Osten“ vom 14. Dezember in Berlin. Anschließend soll sie in den größeren Städten Westdeutschlands gezeigt werden.

Die Ausstellung „Deutsche Heimat im Osten“ in den Berliner Messehallen am Funkturm, vom Bundesministerium für Heimatdeutsche Fragen in Zusammenarbeit mit dem Berliner Magistrat veranstaltet, vermittelt in lebendiger Anschaulichkeit die Entwicklung und Bedeutung der abgetrennten deutschen Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie innerhalb der Grenzen des Jahres 1937 in geschichtlicher, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht.

Es zeigt sich, daß dieses osteuropäische Land ein besonders wertvolles agrarisches Überschussgebiet ist. Während zum Beispiel im Jahr 1939 weitaus der Oder-Neiße-Linie 4,8 Hektar Roggen auf je 106 Einwohner entfielen, waren in Teilen des ostpreussischen Zonen 2,9 und 2,9 für Kartoffeln 2,3 und 2,3 für Zuckerrüben 0,56 und 1,11 Hektar. In den abgetrennten ostdeutschen Gebieten lebten 8,3 Millionen Menschen, die ostdeutsche Landwirtschaft hat aber darüber hinaus weitere 5,5 Millionen Deutsche fruchtbar gemacht.

Der Umfang und die Bedeutung von Industrie und Handwerk in diesen überwiegend agrarischen Gebieten wird dennoch häufig unterschätzt. Der Wert der industriellen Produktion betrug im Jahre 1936 in Schlesien, Ostpreußen, Ostbrandenburg und Ostpommern 4,3 Milliarden Mark. Nach heutigem Preis ist das ein Ausmaß für die deutsche Volkswirtschaft von fast 10 Milliarden DM im Jahr. Von dem Betrag entfielen nahezu zwei Drittel auf Schlesien.

Den stärksten Eindruck vermittelt der letzte Raum der Ausstellung, in dem versucht wird, die Reichsbewässerung der Ostgebiete deutlich zu machen. Hier werden überaus anschaulich die Folgen dargestellt, die sich daraus ergeben, daß z. B. 14% Produktion in der Sowjetunionindustrie auf Sowjet-Aktiengesellschaften (SAG) und auf volkseigene Betriebe bereits heute entfallen und nur noch 30% auf die privaten Betriebe. Der Besucher erfährt an Hand von Anschauungsmaterial, daß die Wismut AG in Uranbergbau 200.000 Menschen unter ganz unzulänglichen Bedingungen arbeiten läßt. Die geringe Kaufkraft der Bevölkerung in der Sowjetunion wird durch die unmittelbare Gegen-

„Überspannter Lastenausgleich vernichtet...“

gerechter Lastenausgleich baut auf Die Ansicht des privaten Hausbesitzers

„Überspannter Lastenausgleich vernichtet — gerechter Lastenausgleich baut auf“, unter diesem Motto stellte Dr. J. Handbuchmacher, Präsident des Zentralverbandes der Haus- und Grundbesitzer e. V., seine Darlegungen auf der Kundgebung des Verbandes in Düsseldorf. Der Redner wies u. a. darauf hin, daß im ganzen Bundesgebiet Vorbereitungen getroffen seien, um auch den vertriebenen Hausbesitzern in ihren neuen Heimorten durch die Untergliederungen des Zentralverbandes Betreuung und Hilfe angedeihen zu lassen. Bei der Behandlung der Frage des Lastenausgleichs sei zu bedenken, daß die private Wohnungswirtschaft mit der Zeit mehr und mehr ein Notstandsgebiet geworden sei. Bei der Lastenausgleichsabgabe mache keine andere Wirtschaftsprüfung solche Sorgen wie der private Hausbesitz. In den letzten Monaten habe sich die Schere zwischen Mietentnahmen und Bewirtschaftungskosten, insbesondere den Reparaturkosten, noch weiter geöffnet. Man müsse befürchten, daß die Entrichtung der Lastenausgleichsabgabe nur durch eine weitere Vermehrung der so dringend notwendigen Reparaturen an und in den Häusern möglich sein werde.

Von den verschiedenen vorliegenden Gesetzentwürfen und Vorschlägen könne der private Hausbesitz den Entwurf des Bundesfinanzministeriums am ehesten als geeignete Verhandlungsgrundlage ansehen. Der Entwurf geht davon aus, daß die Lastenausgleichsabgabe nicht aus der Substanz, sondern aus dem Erfolg aufgebracht werden könne. Das Verlangen des Unklarer Kreises, von allen Vermögensarten einen einheitlichen Prozentsatz in Anspruch zu nehmen, sei unbedingt abzulehnen. Auch andere Vorschläge des Unklarer Kreises wurden kritisiert. Der Zentralverband sei von Anfang an für eine einheitliche Vermögensvergleichsabgabe eingetreten, anstatt der beschriebenen Aufspaltung in mehrere Ausgleichs- bzw. Vermögensvergleichsabgaben. Eine einheitliche Vermögensvergleichsabgabe würde die Kriegs- und Kriegsfolgeschäden einschließlich der Währungsbeschäden auf der einen Seite und die Währungs- und sonstigen Vermögensgewinne auf der anderen Seite in gleicher Weise berücksichtigen. Die Festsetzung der Entschädigungssätze und die weitere Abwicklung müsse mit der größtmöglichen Beschleunigung erfolgen. Vor allem dürfe der Staat die Ruhestellung nicht mit Almosen abweisen. Handbuchmacher wies nicht selten noch gegen die übertriebene Forderungen verschiedener Vertriebenenorganisationen. Die wichtigsten Forderungen des Zentralverbandes wurden in einigen Leitlinien zusammengefaßt.

In einem weiteren Referat erklärte Verbandsdirektor Hermann Hartmann, Kiel, die Wohnungspolitik könne nicht überwinden werden, wenn es nicht gelänge, auch die wohnbedürftigen Mieter zum Wohnungsbau heranzuziehen. Die stärksten Anreize zum Bauen müßten geboten werden. Als erstes müsse die Zwangswohnungspolitik aufgekündigt werden. Die Wohnungswirtschaft müsse sich verpflichten, die Wohnungswirtschaftliche Verhältnisse im Bundesgebiet 200 Mill. DM an Verwaltungskosten, dafür könnten für 100.000 Wohnungssuchende Wohnraum geschaffen werden. Manche Auflockerungen, die ohne Schwierigkeiten hätten eingeführt werden können, seien unterlassen worden. Das gelte z. B. von der Befreiung des Preisstopps für Grundstücke. Die Mieter seien hinter der allgemeinen Preisentwicklung zurückgeblieben. Die Häuser verfielen, weil die Bewirtschaftungskosten nicht herinkämen. Im Bundesgebiet seien die Kosten der Fremdbewirtschaftung, ohne die Zinsen für Grundbesitz und Eigenkapital in Ansatz zu bringen, von 31,5% im Jahre 1914 bzw. 25,7% im Jahre 1939 auf 75% im Jahre 1950 gestiegen. Nur durch die stufenweise Angleichung der Mieten könne die Schere zwischen Reparaturkosten und Mietenentnahmen allmählich geschlossen werden, wobei bedürftigen Mietern durch Mietaufschüsse gehalten werden müsse.

Industrie-Gesellschaften

Böttner-Werke

Die Böttner-Werke AG, Krefeld-Uerdingen, schließt der IV am 24. November die Umstellung des AK im Verhältnis 1:1 auf 1,8 Millionen DM bei 0,88 Mill. DM gesetzlicher Rücklage vor. Das erste DM-Gesellschaftsjahr (21. 6. 1948 bis 31. 12. 1948) schloß mit 0,26 Mill. DM-AK Abschreibungen mit einem Reingewinn von 148.848 DM ab, aus dem eine Dividende von 6 v. H. verteilt werden soll. Die verstärkte Nachfrage nach Produktionsmitteln brachte dem Unternehmen einen beständig guten Auftragsbestand, was auch das neue beliebte Auslands-geschäft wesentlich beitrug. Die Produktion der gesamten Böttnerwerke gestieg. Auch im laufenden Geschäftsjahr 1950 hat sich der Auftragsbestand gegenüber dem Bestand im Jahresbeginn erhöht, so daß auch für den Rest des Jahres eine gute Beschäftigung sichergestellt ist. Vor allem in den letzten Monaten war eine weitere Belebung der In- und Auslandsnachfrage festzustellen. Die IV in der 1,37 Mill. von insgesamt 1,88 Mill. RM AK vertreten wurden, gestiegte stattdessen die RM-Schuldensumme, die DM-Ertragsüberschüsse sowie den Abschluß für das erste DM-Gesellschaftsjahr. Der vorliegende Auftragsbestand sichert dem Unternehmen volle Beschäftigung für mehrere Monate. Die Liquiditätslage der Gesellschaft wird als befriedigend bezeichnet. Die Zahl der Belegschaftsmitglieder hat sich seit Wiederaufnahme der Produktion nach dem Kriegs bis heute von 100 auf rund 600 erhöht.

Westfälische Kupfer und Messing

Die Westfälische Kupfer- und Messingwerke AG vorm. Camp, Neoll, Lüdenscheid i. W., die der IV am 6. Dezember eine Umstellung des AK im Verhältnis 1:3 auf 2,50 Mill. DM vorschlagen wird, erzielte im ersten DM-Gesellschaftsjahr (21. 6. 1948 bis 31. 12.

1949) nach 0,43 Mill. DM Abschreibungen und nach Passivierung von übernommenen Rentenverpflichtungen in Höhe von 0,21 Mill. DM einen Reingewinn von 0,11 Mill. DM, aus dem eine Dividende von 4 v. H. verteilt werden soll. Das Unternehmen war 1948/49 in allen Abteilungen zufriedenstellend beschäftigt. Der mengenmäßige Umsatz, umgerechnet auf zwölf Monate, lag wesentlich über dem Umsatz des Jahres 1947. Im laufenden Geschäftsjahr 1950 hat sich die Produktion weiter erhöht. Die Beschäftigung wird in allen Abteilungen als zufriedenstellend bezeichnet. Den durch die internationale Lage bedingten schwierigen Verhältnissen auf dem Weltmarkt konnte die Gesellschaft bisher Rechnung tragen. Die Verwaltung glaubt daher, auch 1950 eine angemessene Dividende auszuschießen zu können.

In der Bilanz per 31. 12. 1949, in Mill. DM wird das Anlagevermögen im Vergleich zur DM-Ertragsüberschüsse erhöht mit 4,77 (4,18) bewertet, wobei allein Beteiligungen u. a. durch den Erwerb starker Kommanditbeteiligung von nom. 0,60 an der Firma Graetz KG, Alsen, einen Zugang um 0,83 aufwiesen. Unter dem von 2,96 auf 2,86 gestiegenen Umlaufvermögen erzielte u. a. Vorräte mit 1,23 (1,06) und Warenforderungen mit 1,15 (0,81). Andererseits stehen bei nom. AK Rücklagen infolge einer Entnahme für die Sofortabgabe verringert mit 3,42 (3,24) zu Buch. Neu ersehnt der Protes übernommene Rentenverpflichtungen mit 0,21 Verbindlichkeiten nahmen auf 1,25 (0,11) zu.

KARLSRUHER WIRTSCHAFTSVERLAG GmbH, Karlsruhe, Vertriebsstelle: B. Telefon 2394, Herausgeber und verantwortl. O. von Raay, Karlsruhe, Zuständige Vertragspostamt Rottlingen/Baden, Sonderpostvermerk 4- DM nachfolgend Zustellgebühr. Anzeigenannahme: Karlsruhe, Vertriebsstelle: B. zur Zeit bei Anzeigenpreisliste Nr. 3 Gültig: Berliner Verlag - Vertreter: Erich Postel, Berlin-Charlottenburg 4, Leipziger-Strasse 92, Tel. 97 06 12. Satz und Druck: Baden-Druck GmbH., Karlsruhe.

Deutsche Exportmöglichkeiten nach der Türkei

Die internationale Finanzierleistung für die Türkei ergibt sich aus dem abgehandelten Vertrag über eine Gesamtlösung von 110 Mill. Dollar, die sich in zwei große Gruppen aufteilt. Für 40 Mill. Dollar will die Türkei ausschließlich aus den USA bestehen, der Rest von 70 Mill. Dollar sind zum freien Einkauf von Waren in Europa vorgesehen, die restlichen 30 Mill. sollen aus Warenbeständen der Türkei aus Europa vor, jedoch in Form einer langfristigen Besicherung gegen eine Golddeckung in Höhe von 20 Mill. Dollar. Von den 70 Mill. sind zunächst für Einkaufsbeträge von 10 Mill. Dollar freigegeben, wobei die Türkei die entsprechenden Goldreserven abgeben muß. Es besteht die Tendenz, einen bedeutenden Teil der 70 Mill. Dollar für Einkäufe in Deutschland zu verwenden, denn die englischen Preise sind nicht gestiegen, dem türkischen Käufer auszusprechen.

Die Aufteilung des Betrags von 35 Mill. Dollar für den Ankauf von Waren in Amerika ergibt ungefähr folgendes Bild: landwirtschaftliche Maschinen und Ausrüstungsgegenstände für die Landwirtschaft (10,1 Mill. Dollar), Maschinen für den Straßenbau (3,5 Mill.), Maschinen für Bergbauarbeiten (1,5 Mill.), Maschinen für den Bau von Schiffen (1,5 Mill.), Maschinen für den Bau von Eisenbahnen (1,5 Mill.), Kohlenmaschinen, Pumpen und Kumpelmaschinen, Gießmaschinen, (2,6 Mill.), moderne Ausgestaltung der Druckereien (1,5 Mill.), Modernisierung von Flugplätzen, Anschaffung von Flugplatz-Ausrüstungen usw. (1,32 Mill.), Anschaffung von Straßenfahrzeugen (1,2 Mill.), Ausstattung von Krankenhäusern, medizinische Geräte usw. (1,2 Mill.). In dem Betrag für Ausgestaltung der Straßen läßt man sich für die türkische Ausgestaltung der Wasserstraßenanlagen von Sarayir (2,8 Mill.) enthalten.

Bei dem 25 Mill. Dollar wird ein Teil der Einkäufe ebenfalls von der Eit-Bank durchgeführt werden. Es handelt sich um einen Betrag von 10,2 Mill. Dollar, wofür Grundbesitzverträge, alle Arten moderner Fördermaschinen, Kohlenwaschanlagen usw. angeschafft werden sollen. Ein Teil dieses Betrags, und zwar rund 8,3 Mill. Dollar werden auch hier für den Ausbau der Wasserstraßenanlagen in Sarayir abgesetzt. Dem bisher größten bereits festgelegten Betrag werden die staatlichen Schiffahrtlinien erhalten und zwar 10,729 Mill. Dollar, wofür der bereits geschilderte, genaue Ausbau der türkischen Schiffahrt in die Wege geleitet werden soll. Neben Schiffen wird es sich vor allem um Anschaffung von modernem Ausrüstungsmaterial für Häfen, ferner um den Ausbau von Kai-Anlagen usw. handeln. Die türkischen Staatsbahnen werden rund 17 Mill. Dollar erhalten, hiervon für Lokomotiven und Waggons, die in Europa angeschafft sind 11 Mill. Dollar, für die Modernisierung und Ausgestaltung des Signalwesens 1,1 Mill. Die türkische Textilindustrie benötigt dringend Maschinen-Neuananschaffungen und Ersatzteile, wofür 5 Mill. Dollar vorgesehen sind. Für die geplante Ausgestaltung von Schlächtereien, Kühlhäusern, Konservierungsfabriken für Fleisch, Fisch usw. sind 3 Mill. Dollar vorgesehen.

Zwischen dem türkischen Staat und der ECA-Mission in der Türkei ist eine Vereinbarung getroffen worden, nach der ein Teilbetrag von 5 Mill. Türkfrank in Rahmen des Marshall-Planes freigegeben werden ist, der ausschließlich der Landwirtschaft zugunsten kommen wird. 2,5 Mill. Türkfrank werden für Bewässerungsanlagen und Anschaffung von Maschinen verwendet, 2,5 Mill. für die weitere Ausgestaltung von landwirtschaftlichen Unternehmungen, die bereits Beträge zur Vollmechanisierung erhalten.

Freihandelszonen in der Türkei

Einige türkische Abgeordnete befassen sich zur Zeit mit der Ausarbeitung eines Projektes, das die Errichtung einer Freihandelszone in Alexandria, Gassantep, Urfu und Mardin vorseht. Aus Koffeinen des Parlamentes verleiht, daß ein derartiger Vorschlag günstig aufgenommen werden würde. Die Freihandelszone soll sich den lebhaften Schmuggel an der Südgrenze der Türkei zum Stillstand bringen.

Reform der Umsatzsteuer

Ein Gesetzentwurf über die Neuregelung der Umsatzsteuer in der Türkei sieht eine proportionale Steuerhöhe von Lebenswichtigen Waren sollen nur mit 5%, Luxusartikel dagegen bis zu 20% belastet werden. Weiter sind Steuerbefreiungen von 10% und 15% vorgesehen. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes wird im März des kommenden Jahres gerechnet.

England — Türkei

Die türkische Handelskommission gibt Zahlen über den türkisch-britischen Warenaustausch in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres bekannt. Danach hat die Türkei im Pfund überlagert deutsche Produkte im Werte von 645 046, Fertigerwaren für 118 736, Maschinen für 2,5 Mill., elektr. Material für 304 425, Eisen- und Kupferwaren für 130 914, Metallgegenstände verschiedener Art für 144 063, Stahl und Eisen für 381 010 eingeführt.

Die türkische Ausfuhr nach Großbritannien hat sich bei einigen Waren gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres erhöht. So vor allem die Ausfuhr von Früchten und Getreide, die im Vorjahr 77 115 und in diesem Jahre 1,1 Mill. Pfund Sterling erreichte. Auch andere Nahbereichsverbindungen erfahren eine wesentliche Erhöhung.

Deswegen sind einige Rohstoffpreise in der Ausfuhr stark zurückgegangen. Auch der Ölfröhe-Export sank von 180 291 auf 10 255 Pfund. Die Tabakausfuhr, die im Vorjahr 2,1 Mill. Pfund Sterling erreichte, sank auf 20 Mill. Die Wollausfuhr nach Großbritannien stieg von 201 897 Pfund im Vorjahr auf 280 894 Pfund Sterling im laufenden Jahr.

Neue deutsch-jugoslawische Wirtschaftsbesprechungen

Am 28. 11. sind in Frankfurt neue Besprechungen mit dem jugoslawischen Minister Dr. Steze Pavlic aufgenommen worden. Wie aus gut unterrichteter Seite verläßt, geht der Wunsch Jugoslawiens dahin, die Zinsen für Kredittätigkeiten zu Lasten Jugoslawiens aufzuheben, als natürliche dieser Vereinbarung sich zu behandeln. Von deutscher Seite wird die Forderung vorgebracht, daß Jugoslawien sich im Interesse der langfristigen dieser Kreditaktivitäten verpflichten müsse, diejenigen, die nicht abbezahlt werden, denjenigen, die die deutsche Industrie einseitig zu erfüllen, für die Jugoslawen sich seit einiger Zeit im Abschlußverfahren befindet.

Es wird hier darauf angedeutet, die Möglichkeit einer Abtätigung zwischen der Abnahme- und der Zahlungsmöglichkeit auf jugoslawischer Seite zu finden. In Außenhandelskreisen wird die Höhe dieser notwendigen Aufträge mit mindestens 18 bis 15 Mill. Dollar beziffert, wovon nur ein Teil durch die Hermes-Kreditversicherungs-AG gedeckt ist.

Ausbau der Energieerzeugungsanlagen in Jugoslawien

Im Ausbau der Wasserkraft- und Dampfkraftwerke steht Jugoslawien eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein Gelingen des großen Industrialisierungsprojektes. Zur Zeit entfallen in Jugoslawien pro Einwohner 100 kWh Energie im Jahr, gegen 71 kWh 1930. Acht neu in Betrieb genommene Wasserkraftwerke liefern derzeit rund 220 Mill. kWh im Jahr, im sechs in Bosnien-Herzegowina in Bau befindlichen Wasserkraftwerke werden 1,23 Mrd. kWh im Jahr liefern. Alle im Bau befindlichen Wasserkraftwerke werden die jugoslawische Energieerzeugung um 2 Mrd. kWh im Jahr steigern, wozu noch 11 Dampfkraftwerke kommen, die in der Nähe der großen Kohlenbecken des Landes errichtet werden.

Aus der Kopfgüte von 190 kWh pro Einwohner 1949, die sich errechnen, daß — bei 17 Millionen Einwohnern — Jugoslawien derzeit etwa 2,85 Mrd. kWh Strom erzeugt, was etwa ein Vielfaches der Vorkriegsleistung darstellt. Im Vergleich zu den nutzbaren Wasserkraftwerken umfaßt die 40 Mrd. kWh im Jahr, jedoch relativ, wie ausbleibend die jugoslawische Wasserkraftwirtschaft noch ist.

Westdeutscher Agrexport nach Griechenland

Das am 18. November mit Griechenland parafäherte Handelsabkommen, das rückwirkend vom 1. 7. 1950 bis 30. 6. 1951 läuft, ist auch im Hinblick auf die Ausfuhr für die deutsche Landwirtschaft von Bedeutung. So ist nach Bekanntgabe seitens des Bundesoberhandelsministeriums der Export von Zucht- und Schlachttieren im Werte von 1.600.000 Dollar, von Züchtlern und Brülern für 100.000 Dollar, Hirschen und Händeln 200.000 Dollar, Wein 20.000 Dollar und Gemüse- und Blumenerzeugnisse für 30.000 Dollar vorgesehen. Außerdem sollen Zuchtstiere auszuführen werden. Auf der Einfuhrseite griechischer Waren in das Gebiet der Bundesrepublik sind u. a. verzeichnet: 1,5 Mill. Dollar für Wein, 25.000 Dollar für Fruchtsäfte, 40.000 Dollar für Oliven und 30.000 Dollar für Steckerweizen. Ferner sollen für 250.000 Dollar Weintrauben eingeführt werden, die bereits ausgeschrieben worden sind.

Deutsche Waren für Brasilien

Gute Exportaussichten — „Achsengütergesetz“ erleichtert

Im Verhältnis Brasiliens zu Deutschland ist in den letzten Monaten eine überraschende Besserung eingetreten. Sie hängt eng mit den vor Jahresfrist stark wachsenden Dollar-Devisen-Schwierigkeiten zusammen und ebenso eng ist sie mit der Wiedereröffnung der deutschen industriellen Leistungskraft verbunden. Brasilien hat durch ein sehr gehandhabtes Lizenzsystem seine Dollarausgaben einzuschränken versucht. Im Oktober 1949 begannen dann infolge der Mächtigkeitszusammenstöße zwischen West- und Ostdeutschland die Lieferungen von West- und Ostdeutschland an den Kaffeeproduzenten und ungenügendem Angebot aus den Kaffeeproduktionsländern die Kaffeepreise mächtig zu steigen, so daß Brasilien im ersten Halbjahr 1950 einen erheblichen Dollarüberschuß aus seinem Handelsverkehr mit Nordamerika verbuchen konnte. Inzwischen aber hatte man erkannt, daß sich Europa wieder der alte gute Versorgungsaussichten und Absatzmarkt gegenüber dem bisherigen Monopolschaffen, den Vereinigten Staaten, verlor.

Man hatte auch erkannt, daß man selbst beim Verkauf brasilianischer Exporte in nicht harten Währungen dafür aus Europa ausgewählte, oft billigeren und vor allem rascher gelieferte Fertigerwaren beziehen konnte, die man während der zweiten Weltkriegs und Jahre danach eben nur aus den Vereinigten Staaten hätte beziehen können. Seit nun die nordamerikanische Wirtschaft infolge der Korea-Ereignisse wieder stärker zur Aufblühung übergeht und damit eine Kürzung des nordamerikanischen Exportes in gewissen Waren eintritt, nimmt die brasilianische Tendenz zur Wiederinholung des Europamarktes zu. Andere Momente kommen dazu, wie zum Beispiel die Verbesserung des brasilianischen Straßen- und Verkehrsnetzes, die eine erheblich stärkere Verwendung des Kleinautos ermöglicht, an daß man eine rasche Verlagerung der Einfuhr von Automobilen von bisher allein ausschlaggebenden nordamerikanischen Konstruktoren zum europäischen (englischen, französischen, italienischen, tschechischen und jetzt auch deutschen) Kleinauto beobachten kann. Aber auch chemische, pharmazeutische, optische Produkte und Erzeugnisse der elektrischen Industrie werden wieder von Europa geliefert, das wiederum in seiner neu erwachsenden Kaufkraft zum ganz gesehenen Abschmer Brasilien wird.

Das ist das Hintergrunds-Klima, das dem Wachstum neuer brasilianisch-deutscher Handelsbeziehungen günstig ist. Man erinnere sich, daß Deutschland im Jahre 1938 über 18% aller brasilianischen Exporte aufnahm und 25% der brasilianischen Importe lieferte! Die Berufsorganisation der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie drängen die zunächst politisch widerstrebende Regierung, wieder Beziehungen zum alten Handelspartner aufzunehmen. Als dann endlich eine deutsche Handelsmission in Rio eintraf, kam dank der ausgezeichneten Zusammenarbeit und Vorbereitung dieser Kommission in überraschend kurzer Zeit ein Handelsvertrag mit einem überraschend großen Volumen des beiderseitigen Handelsaustausches zustande. Der Vertrag ist zwar noch nicht ratifiziert, doch hat die Bank von Brasilien sich bereit erklärt, auch ohne formelle Ratifizierung Geschäfte mit Deutschland zu geschlossenen und Anträge auf Erteilung von Einfuhrlicenzen entgegenzunehmen.

Die weltwirtschaftliche Lage ist Deutschland günstig gewesen. Brasilien will angesichts möglicher Weltkriegsverwicklungen sichergehen und für seine Industrie gewisse Stocks von Rohstoffen oder Fertigfabrikaten haben. Inzwischen hat der Kongress ein starkes Hindernis auf dem Wege der Wiedereröffnung guter kultureller und wirtschaftlicher Beziehungen zum neuen Deutschland aus dem Wege geräumt.

Das sogenannte „Achsengütergesetz“ ist endlich verabschiedet worden. Das ist eine verwickelte und schwierige Materie. Als im Februar 1942 Achsen-Unterabteilung warnungsbüro-nächtlich sechs brasilianische Königsschiffe versenkten und 600 Menschenleben zu beklagen waren, verteilte die damalige Regierung Vargas Verfügungsmaßnahmen, um die Opfer zu entschädigen. Es wurden Bankguthaben von Deutschen über einen gewissen Mindestbetrag hinaus beschlagnahmt, auch Abgaben von Monats-einkommen der Achsenangehörigen wurden vor-übergehend erhoben. Inzwischen wurden zwar nicht beschlagnahmt, wohl aber der Aufsicht der Bank von Brasilien unterworfen, die für jeden Verkauf oder Besitzveränderung eine (seiner Ansicht nach) Sondergenehmigung zu geben hatte.

Seit Jahren drängen die Wirtschaftler auf Beendigung des unangenehm wirtschaftlichen Kriegszustandes. Die Regierung beachte also endlich einen Gesetzentwurf ein, der vom Grundgesetz ausgeht, daß die in Bundesbesitz übergeführten Achsen-Unterabteilungen in Brasilien (Großfirmen und Großverteilungen) darin verbleiben und nicht zurückgegeben werden sollen, ebenso wie auch Bestellungen außerhalb Brasiliens lebend Achsenangehöriger nicht freigegeben würden. Diese Werte sollten vollkommen aus dem ursprünglichen Zweck des Gesetzes; der Entschädigung jener Versenkungsopfer, zu erfüllen.

Nach einem dramatischen Kampf zwischen Senat und Kammer, oder richtiger gesagt: zwischen Nationalisten und Liberalen, hat der Senat jetzt beschlossen, eine liberale Fassung des Gesetzes mit Rückgabe der Geldbeträge und Freigabe der Immobilien vorzubereiten. Der Entwurf ging an die Kammer zurück, deren Finanz- und Rechtsausschuss den Senatentwurf verworfen und der Kammer empfohlen, bei der alten Fassung zu bleiben! Und nun ist also das Achsenengütergesetz erledigt und von der Kammer angenommen worden, ohne Debatte und trotz allgemeiner Überraschung entgegen den Ausschlußvorschlägen in der liberalen Fassung des Senats!

Nun hat auch der „Botschafter des guten Willens“, der Bonner Minister Dr. Spiecker, durch sein gewinnendes und geschicktes Auftreten in Brasilien die Wege geebnet, daß bald — man rechnet noch in diesem Jahre — neue diplomatische und konsularische Vertretungen der Bundesrepublik in Brasilien errichtet werden können.

Warum führt England Kohle ein?

Der Entschluß der britischen Regierung, Kohle nach England einzuführen, hat bei den kontinentalen Kohlenländern nicht ohne Grund ethisches Erstaunen hervorgebracht. Unbetrachtet man die britische Kohlenfrage unter diesem Gesichtspunkt näher, so wird man alsbald die Worte britischer Kohlenfachleute verstehen, die den Schritt der britischen Regierung zwar als einen „politischen und psychologischen Schock“ bezeichnen, jedoch im selben Satz hinzufügen, daß es sich dabei trotzdem um ein nicht von der Hand zuweisendes Geschäft handelt. Die Einfuhr ausländischer Kohle, in erster Linie amerikanischer, verleiht Großbritannien nämlich in die Lage, sich in der derzeitigen Kohlenkrise seine Ausfuhrverpflichtungen zu erfüllen. Großbritannien ist darauf aus, seine dominierende Stellung am europäischen Kohlenmarkt zu behaupten und die alten Kunden nicht vor dem Kopf zu stoßen, um dann in Zeiten des Kohlenüberflusses von dem erworbenen Vertrauen profitieren zu können. Die Sorge um die derzeitige Kohlenversorgung einerseits und die Sorge um die Stellung auf dem Kohlenmarkt in Zukunft andererseits werden wohl gleichermaßen der Ansicht zu dem bedauerlichen Schritt gegeben haben.

Großbritannien hat jedoch nicht nur mit psychologischen Rückwirkungen zu rechnen. In der Praxis spielt die finanzielle Frage eine weit bedeutungsvollere Rolle. Einmal ist die Dollar in Großbritannien rar und zwingt die Inhaber dieser Währung damit umzugehen, was andernfalls der Frachtkosten seit dem Ausbruch des Krieges in Korea immer knapper und damit teurer. Diese beiden Momente müssen angesichts der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten als Lieferanten von Kohle auszuweisen sind, mit in Rechnung gestellt werden. Die entstehenden Verluste stehen dem Abverkauf der Mehrkosten auf dem Exportpreis vermindert werden. Großbritannien will gleichzeitig als Zwischenhändler am Weltmarkt fungieren, will allerdings nach Voraussetzung, die Mehrkosten nicht ganz von sich abwenden können.

Ein gewisser Netto-Verlust wird bleiben, und dieser wird, wenn nicht alle Zeichen trügen, als „toten Verlust“ der britischen Volkswirtschaft verloren gehen. Von britischer Seite wird man darauf hin, daß ein solcher Netto-Verlust als Versicherungsgeld anzusehen sei, gestützt auf einen strengen Winter und gegen ein etwaiges Versagen der vernachlässigten Förderleistung. Die Prämie wird allerdings zum glatten Verlust, wenn der Gegenstand der „Versicherung“ — in diesem Falle ein strenger Winter und ein Nachlassen der Fördermenge — nicht eintreten sollte. Jede andere Versicherungsprämie, so erklären die Kritiker des britischen Kohlen-Einfuhrplanes, z. B. bei einer Feuerversicherung, geht der Gesamtheit der Versicherten niemals verloren, wenn das versicherte Haus etwa nicht abbrennt. Eines läßt diese Argumentation erkennen: der Streit um die heraufbeschworbenen Verluste wird ganz zu recht geführt; den Beweis wird allein der kommende Winter und — nicht zu vergessen — die Zeit des Kohlenüberflusses bringen.

Schon einmal ist diese Frage aufgeworfen worden und damals bei der Entscheidung des Wettgerates zugunsten der Einfuhr. Im Jahre 1947 beschloß Großbritannien im ganzen 696 000 t amerikanische und 108 000 t polnische Kohle einzuführen. Der Grund war: die Wiederholung der Kohlenkrise, die zu Beginn 1947 bestanden abzurufen. Der Importverlust betrug 1 600 Mill. Pfund Sterling — und die befürchtete zweite Kohlenkrise trat nicht ein. Die „Versicherungsprämie“ war also verloren. Die Kohleneinfuhren konnten damals zum Teil rückgängig gemacht werden, doch waren die britischen Taschen um wertvolle Dollars erleichtert worden. Eine Tatsache darf indessen nicht vergessen werden, daß der dadurch entstandene Netto-Verlust bei weitem geringer war als der Gewinn, der aus der Import-Aktion hätte gezogen werden

den können. Zwar ist nicht anzunehmen, daß Brasilien in diesem Jahre so viel Ausfuhrgegenstände nach Deutschland liefern können, wie der Vertrag das verspricht (vor allem an Kaffee, Baumwolle, Häuten), aber für das Jahr 1951 ist mit einer starken Nebenlieferung des brasilianisch-deutschen Handelsaustausches zu rechnen.

Fransösische Anleihe für Brasilien

Ein französisches Bankkonsortium, an dessen Spitze die „Union Europeenne“ und der

Norwegens Export schwach gesteigert

Bis Oktober hat sich der norwegische Export an Zellulose und Papier auf 117,6 Mill. nKr. in den ersten zehn Monaten vorigen Jahres erhöht. Für das ganze Jahr 1950 wird eine Ausfuhr von ca. 600 Mill. nKr. erwartet gegenüber 551 Mill. nKr. im vorigen Jahre und 593 Mill. nKr. 1948. Auch für die anderen großen Ausfuhrgruppen sind leichte Erhöhungen in diesem Jahre zu verzeichnen. Die Ausfuhr von Erz und Metallprodukten stieg im Januar bis Oktober auf 433 Mill. nKr. gegen 292 Mill. nKr. in der gleichen Zeit des Vorjahres, das erwartete Jahresergebnis liegt bei 509 Mill. nKr. gegen 342 Mill. nKr. 1949 und 332 Mill. nKr. 1948. Der Export des dritten bedeutenden Artikels, Fische, ist gegenüber den ersten zehn Monaten 1949 mit 261,3 Mill. nKr. gegen 269 Mill. nKr. bisher etwas zurückgegangen. Die Ausfuhr von Düngemitteln vergrößerte sich auf 181 Mill. nKr. gegen 119 Mill. nKr. und von Woll und anderen Fetten auf 337 Mill. nKr. gegen 294 Mill. nKr. Für Fischkonserven ergibt sich seit 1949 eine Zunahme von 80 Mill. nKr. auf 111 Mill. nKr.

„Credit Lyonnais“ stehen, wird dem brasilianischen Bundesstaat Minas Geras eine Anleihe in Höhe von 20 Mill. Dollar zum Erwerb moderner Ausrüstungen in Frankreich gewährt. Die mechanischen Ausrüstungen sollen durch die Schneider-Crescent-Gruppe geliefert werden. Hiernach erlaubt, daß der Finanzminister von Minas Geras demnächst in Paris eintritt, um den Kontrakt zu unterzeichnen.

Erweiterung der Exportkreditgarantie

Das norwegische Handelsministerium hat die Staats-Exportkreditkommission (Exportkreditkommission des Staates) beauftragt, die gegenwärtig geltende Regelung der Exportkreditgarantieerweiterung zu untersuchen und gegebenen Falles Vorschläge einer Erweiterung auf Wertungsmärkte auszuarbeiten. Im besonderen sollen die Möglichkeiten von Lagergarantien in Devisenländern untersucht werden, für welche in Exportkreisen großes Interesse besteht. Die Regierung wird voraussichtlich Anfang nächsten Jahres dem Storting einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen.

Großhandelspreise steigen

Die Großhandelskennziffer des Osloer Statistischen Zentralfäros (1938 = 100) hat sich von Mitte Oktober auf Mitte November erneut um 1,4% von 226 auf 228 erhöht. Im Januar d. Js. stand der Index noch bei 196. Ebenso wie in den übrigen Nordländern sind die Preis-erhöhungen relativ am stärksten für Gummi um 8,7%, Häute, Felle und Leder um 5,9%, chemisch-technische Produkte um 4,4%, sowie tierische Veredelungsprodukte um 2,7%.

Sechsjahresplan der Commonwealth-Länder

Der Sechsjahresplan der Commonwealth zur wirtschaftlichen Entwicklung 1950-55 und Südamerika, dessen Einzelheiten am 28. November in London veröffentlicht wurden, sieht Ausgaben in Höhe von 1,388 Milliarden Pfund Sterling (etwa 22 Milliarden D-Mark) vor. Der Plan wurde auf der Konferenz der Commonwealth-Länder in Colombo grundsätzlich beschlossen. Seine Einzelheiten wurden von Wirtschafts- und Finanzfachverständigen der Commonwealth in London ausgearbeitet.

Die in dem Sechsjahresplan vorgesehenen Projekte betreffen ein Viertel der Weltbevölkerung. Bedeutend sind Indien, Pakistan, Ceylon, Malaya, Singapur, Nordborneo, Sarawak und Brunei. Die Durchführung beginnt im Juli 1951. Vorgesehen sind die Bewässerung und Kultivierung von 13 Millionen Morgen Land, eine Erhöhung der Getreideerzeugung um 8 Millionen t und die Steigerung der Elektrizitätserzeugung um 97 Prozent oder 1,1 Mill. kWh.

Der Plan zielt in erster Linie auf die Förderung der Landwirtschaft in den beteiligten Ländern ab. In Indien, Pakistan und Ceylon sollen die Bewässerungsarbeiten mit der Errichtung von Wasserkraftwerken zur Erzeugung von Elektroenergie kombiniert werden wie bei der amerikanischen Tennessee-Talbecken (TVA). Allen das Vorhaben zur Notabar-machung des Sattel-Flusses in Indien wird 90 Mill. Pfund Sterling (etwa 600 Mill. D-Mark) kosten.

Im Rahmen des Sechsjahresplans sollen in der britischen Kronkolonie Singapur — einer Schlüsselstellung der Verteidigung im Fernen Osten — ein internationaler Flughafen gebaut und die Hafenanlagen erweitert werden.

Asiatische Länder, die nicht zum Commonwealth gehören, wie Burma, Siam, Indonesien und Indochina, sind eingeladen worden, sich an dem Plan zu beteiligen, haben aber bisher noch keine Entscheidung getroffen.

Wirtschaftsstörungen steigern Verkehrsbedarf

Hochkonjunktur auf den Weltmeeren in Kohlefrachten — Sowjetrußland liefert Kohle nach Frankreich

Die mittelbaren Auswirkungen des Korea-Krieges greifen immer weiter um sich. Jetzt sind nicht nur die Halbenbestände der Kohlengruben im Ruhrgebiet in kurzer Zeit wie der Schnee an der Seeis zu verschmelzen, auch Großbritannien, das vor dem Weltkrieg eine Ausfuhr von im wesentlichen rd. 40 Mill. t Kohle ohne die Bankrottbankel jährlich hatte, muß nun systematisch seit der Krise im Jahre 1947 wieder Kohle einführen! Wenn es sich auch — zunächst wenigstens — nur um eine „Grenzmenge“ handelt, die lediglich einem Bruchteil der wohnlichen Kohlenförderung in England entspricht, so hat dieser Beschluß der englischen Regierung doch bereits weittragende Folgen gesetzt.

Als Lieferland kommen fast ausschließlich die Vereinigten Staaten von Nordamerika in Frage, da die europäischen Kohlenländer, insbesondere Westdeutschland und Polen, selbst mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, um den gewachsenen Anforderungen ihrer und der übrigen kontinentalen Wirtschaft zu genügen. Die afrikanische Kohle kommt aus Qualitätsgründen für die Befriedigung des englischen Kohlenbedarfs nicht in Frage. Der Transport der amerikanischen Kohle bedingt nur eine neue Belastung der Transozeanischen Schifffahrt, noch dazu in einem Moment, in dem die Schifffahrt ohnehin aus Bahngründen stark in Anspruch genommen ist.

Bereits am 21. November tauchten auf den Frachtmärkten Orders für Kohlentransporte von Hampton Roads, d. h. von Newport News oder Norfolk (Staat Virginia) für ab sofort bis einschließtig Januar 1951 auf. Am 24. November kam es auf dem Londoner Frachtmärkte zum ersten Abschluß über die Verfrachtung von Kohle von Nordamerika nach Großbritannien: ein kleiner unter der Flagge Panamas fahrender Dampfer wurde zu einem Satz von 30/- shilling per tonnet bei freier Entladung gechartert, und zu Beginn der neuen Woche wurden sogar 60/- shilling verlangt, während die englische Regierung ursprünglich nur einen Satz von 41/3 shilling bewilligen wollte. Wenn man bedenkt, daß drei Tage vorher für den Transport von Kohle von Nordamerika nach Gibraltar nur 50/- shilling geschätzt wurde, und daß in der weit schwächeren Ost-West-Fahrt von England nach Buenos Aires im Oktober Sätze zwischen 27/6 und 37/6 shilling vereinbart wurden, so ergibt diese erste Notierung bereits einen Fingerzeig dafür, wie sich der neue Verkehr auf das Frachtwirtschaft im Weltverkehr auswirken wird.

Letzthin Endes wird sich das Ausmaß dieses Einflusses der Kohlenverfrachtung von Nordamerika nach England auf den gesamten Frachtmärkte nach dem Umfang dieses Frachtschäfts richten. Aber selbst die Bestärkung dieses Frachtaufkommens auf einen Bruchteil der englischen wohnlichen Kohlenförderung — in mehreren Krisen wird von einer Einfuhr von vorerst 2,5 Mill. tonnet ge-

sprochen — bedeutet einen nicht unerheblichen zusätzlichen Tonnagebedarf, der bei der zur Zeit schon ohnehin durch Korea stark beschränkten Weltseeflote nicht leicht zu beschaffen sein wird. Allein für die Verfrachtung von 1 Mill. tonnet Kohle von den Vereinigten Staaten nach Großbritannien ist ein Bedarf von hundert Schiffen zu berechnen, die im Augenblick kaum zu beschaffen sind. Die englische Tonnage ist ohnehin in einem Maße in Anspruch genommen, wie es schon lange nicht mehr der Fall war. Am 20. November standen in den englischen Häfen lediglich 42 Schiffe zur Beladung zur Verfügung, eine Minimalzahl, wie sie nach den Angaben der britischen Schiffahrtskammer in Friedenszeiten bei dem nicht zu vernachlässigen war. Die englische Schifffahrtindustrie, die im vorigen Jahr über eine effektive Basis verfügt, hat im Laufe dieses Jahres einen ständig zunehmenden Auftragsbestand zu verzeichnen, worauf die derzeitige Manöllage an Kohlen mit zurückzuführen ist.

So wie im 19. Jahrhundert das Eisenbahnwesen im Zuge der Entzerrung der einzelnen nationalen Wirtschaften einen ungeheuren Aufschwung nahm, so sprechen sich die Anzeichen dafür, daß im jetzigen 20. Jahrhundert bei der letzten Ende doch sich abzeichnenden Weltwirtschaft die Schifffahrt und damit auch der Schiffbau einer Evolution entgegengehen. Bereits jetzt zeigt sich, daß bisher auferlegte Fesseln nicht nur dem zuletzt betroffenen Stahl, sondern letzten Endes der gesamten Weltwirtschaft standes. Gerade die von einer bevorstehenden weltweiten Lockerung der Deutschland auferlegten Schiffsbaubeschränkungen wissen wollen, gerannen unter diesen Umständen an Wahrscheinlichkeit.

Im Zeichen der werdenden und nicht ohne Schwierigkeiten sich neu formierenden Weltwirtschaft scheint sich ein neues wirtschaftliches Gesetz herauszukristallisieren: daß wirtschaftliche Erschwerungen und Störungen des wirtschaftlichen Gleichgewichts einen zusätzlichen Verkehrsbedarf auslösen. Die derzeitige Kohlenverfrachtung in Westeuropa bedingt vermehrte und neue Transportleistungen nicht nur von den Vereinigten Staaten nach England, sondern auch — wenn auch in kleinerem Umfang — von der Sowjet-Union nach Frankreich. Denn durch die Kohlenverfrachtung in England sieht sich auch Frankreich genötigt, für die bisher aus England bezogenen Kohlen anderwärts Ersatz zu beschaffen. Zunächst ist die Lieferung von 20 000 t Anthrazit aus den Kohlengruben des Donets-Beckens verordnet worden. Unter diesem Gesichtswinkel wird auch der Verlust der oberirdischen Kohlengruben für Deutschland zu einer Abwertung des wirtschaftlichen Gleichgewichts, denn es dürfte fähig beweielt werden, daß manche der heutigen Schwierigkeiten in Westeuropa entstanden wären, wenn der Zustand quo ante noch bestände.

Schweden erhöht Diskontsatz

Das Direktorium der schwedischen Riksbank hat am 30. November den Diskontsatz von 3% auf 3,5 Prozent p. a. heraufgesetzt. Der neue Diskontsatz trat ab 1. Dez. in Kraft. In einem Kommuniqué wird erklärt, daß die überigen Zinssätze der Riksbank dem neuen Diskontsatz angepaßt werden sollen.

Furcht vor Inflation

In den letzten Wochen hat sich am schwedischen Grundstücksmarkt eine deutliche Besserung des Geschäfts bemerkbar zu machen begonnen, welche auf Befürchtungen einer weiteren Wertvermehrung der Krone zurückgeführt wird. In den letzten zwei Jahren wie der Grundstücksmarkt wesentliche Veränderungen kaum auf. Die Verkäufer waren im allgemeinen zu Reduktionen der Preise nicht geneigt. Anfang dieses Jahres etwa verhielten sich auch die Käufer zurückhaltender, wobei die unsicheren Verhältnisse am Geldmarkt sowie eine gewisse Hoffnung, daß der Geldwert stabilisiert werden würde, maßgebend war. Neuerdings jedoch sind freie Gelder in nicht unbeträchtlicher Menge in Grundstücken platziert worden, wodurch bei steigenden Preisen eine Belebung der Geschäftstätigkeit eingetreten ist, welche in Fachkreisen als eine Art von „Flucht in die Sachwerte“ bezeichnet wird. In Krisen des Grundstücksbesitzes wird überdies erwartet, daß der Mietenposten nicht mehr allzu lange aufrecht erhalten werden kann, und daß die Behörden gezwungen werden dürften, über kurz oder lang gewisse Erhöhungen der Mieten zuzulassen, weil sich inzwischen die Reparatur- und andere Kosten immer weiter erhöht haben.

Rohstoff-Inventur

Das schwedische Handelsministerium hat zur Klärung der Versorgungslage zum Jahres-

ende eine Generalinventur der im Lande vorhandenen industriellen Konsumgüter sowie der landwirtschaftlichen Erzeugnisse angeordnet. Gleichseitig hat der schwedische Industrie-Verband in einer öffentlichen Stellungnahme auf das wirtschaftschädigende Verhalten von Zwischenhändlern aufmerksam gemacht, die seit Ausbruch des Korea-Krieges Stahl und Metalle halten, um sie zum dreifachen Preise weiterzuverkaufen. Der Verband erklärt, daß dadurch eine Latenz entstanden sei, die an die Kriegsjahre erinnert. Die schwedischen Werften nehmen diese Aufträge nur entgegen, wenn der Besteller die Lieferung von Schiffstahl garantiert.

Die Kohle-Versorgung

In den ersten acht Monaten d. J. wurden 1.571.000 t gegenüber 2.086.000 t Kohle im Vergleichszeitraum des Vorjahres nach Schweden eingeführt. Die Koksimporte stellten sich auf 1.625.000 t gegenüber 1.471.000 t in den ersten acht Monaten 1949.

Die Kohlelieferungen aus der Ruhr haben einige Zeit lang ausgesetzt und auch aus Großbritannien sind die vertraglich vereinbarten Mengen nicht herangekommen. Die Verschiffungen polnischer Kohle waren jedoch recht lebhaft. Trotzdem kann einer ernsthaften Versorgungsnot am schwedischen Kohlenmarkt nicht die Rede sein. Seit Kriegsende, im besonderen im Zusammenhang mit den überhöhten Preisen für polnische Kohle hat sich ein bedeutender Teil der schwedischen Industrie auf Öl umgestellt. Dadurch dürfte der Gesamtbedarf an mineralen Brennstoffen etwas zurückgegangen sein. Es wird ein absoluter Bedarf von rund 5 Mill. t Steinkohle und 3 Mill. t Koks genannt. Nach einer Erklärung der schwedischen Brennstoff-Kommission hofft man, die Kohle- und Koksfrage befriedigend lösen und die Kohle-

rationierung bis Jahresende aufheben zu können.

Kronenaufwertung nur im Notfall

Nach einer Verlautbarung des Präsidenten der Swedische Riksbank im „Västgöta-Deinokraten“ wäre eine Aufwertung der Schwedens-Krone nur unter der Voraussetzung denkbar, daß ein tatsächlicher Erdrutsch in der internationalen Währungsituation eintritt. Tendenzen einer solchen Entwicklung seien vorerst aber nicht erkennbar, erklärte Präsident Bäck weiter.

Beispiel für den Farbenmangel

Bei den in Frankfurt eröffneten Handelsvertragsverhandlungen wird die schwedische Delegation sich besonders auch für einen verborgenen Bezug von Chemikalien und Farben interessieren. Wie dringend der Bedarf ist, zeigt aus einem beispielhaften Einzelbeispiel hervor. Eine Ausländerin hatte in einem der besten Geschäfte Stockholms eine schwarze Lederhandtasche gekauft, ein schwedisches Erzeugnis guter Qualität, das alle Ansprüche zufriedenzustellen schien. Als der Herbstbogen einsetzte, bemerkte die Kundin zur ihrer nicht geringen Überraschung, daß sie schwarze Tintenfänger bekam und ihre Kleidung beschmutzt hatte. Die feuchtgewordene Tasche hatte abgefärbt. Als sie in dem Laden nachträglich auf dem Mangel hinwies, erklärte die Geschichtsführung mit großem Bedauern: „Ja früher, solange wir die deutschen Farben hatten, kam so etwas natürlich nicht vor.“ Die Dame machte keine Ersatzansprüche geltend, wurde aber doch vorsorglich auf ein kleines Schild im Schaufenster hingewiesen. Darauf stand zu lesen: „Für farbige Leder Sachen wird keine Garantie übernommen.“

Schweden hebt Ausfuhrsperrre auf

Die Sperrn für schwedische Erzeugnisse in die Bundesrepublik ist aufgehoben worden. Dabei handelt es sich, wie aus Düsseldorf ver-

lautet, zunächst nur um Lieferungen aus den Verträgen von 1950. Ob bereits Lieferungen aus den Verträgen für 1951 vorgenommen werden können, ist zur Zeit noch nicht zu erfahren.

Schweden größter Exporteur von Rechenmaschinen

Mit 26,2 Mill. sKr. in den drei ersten Quartalen 1950 gegenüber 22,4 Mill. sKr. in der gleichen Vorjahreszeit ist Schweden der größte Exporteur von Rechenmaschinen, erklärt der VWD von Puchstein. Mengenteilig hat der Export sich gegenüber 1949 ebenfalls um ungefähr 30% vergrößert. Der Export entfällt so gut wie ganz auf den Abgabebereich, deren Rechenmaschine „Facit“ in allen Ländern der Welt stark begehrt ist. Nach den Vereinigten Staaten ist ein „Export-Drive“ einzelteiler werden, dessen Ausblicken als recht zu bezeichnen sind.

Kredite an UdSSR zur Hälfte in Anspruch genommen

Etwa 525 Mill. sKr. sollten von dem schwedischen Milliarden-Kredit von der UdSSR in Anspruch genommen werden, schreibt die führende Stockholmer Finanzzeitschrift „Finans-Tidningen“. Umso Oktober waren die russischen Bestellungen auf circa 440 Mill. sKr. gestiegen, von welchen zeitlich 160 Mill. sKr. den Wert bereits erfolgter Lieferungen repräsentierten. Größere Bestellungen seien nunmehr aber nicht mehr zu erwarten. Da der bisher nicht ausgenutzte Teil der zum Vertrag angebotenen Warenliste in der Hauptsache große Projekte enthalte die innerhalb der nur noch kurzen Laufzeit des Abkommens von der schwedischen Industrie nicht realisiert werden könnten. Es handelt sich dabei u. a. um 300 Lokomotiven im Wert von circa 180 Mill. sKr., ferner um bedeutende Ausrichtungen für die Elektrownindustrie. In Frage kommen ein Neubestellungs nach dem Blatt nur noch kleine Fischereifahrzeuge und Laboratoriumsausstattung für die chemische Industrie der UdSSR, deren Wert 20 Mill. sKr. aber kaum übersteige. Das Blatt weist ferner darauf hin, daß sich der Wert der bisherigen Aufträge dadurch noch um schätzungsweise 30–35 Mill. sKr. erhöhen dürfte, daß eine Reihe von Lieferverträgen mit Preisausschlag abgeschlossen worden ist, so daß eine Korrektur der vereinbarten Preise erfolgen wird.

Ausfuhr von Fertigwaren aus Frankreich laienpflichtig

Nach einer amtlichen Verlautbarung ist die Ausfuhr einer Reihe von Fertigwaren aus Frankreich in Zukunft nur nach auf Grund einer Ausfuhrlizenz möglich. Zu diesen Fertigwaren gehören u. a. Schwefelkohlenstoff, Zinkoxyd, verarbeitete grobe schwere Häute, gewisse Papierarten, Pappe, Zellwolle, verschiedene Wollgarne und verschiedene elektrische Leitungsröhre und Kabel.

USA liefert strategische Rohstoffe nach China

Der Senator des nordamerikanischen Bundesstaates Maryland, Herbert O'Connor (Demokrat) behauptet, daß größere Mengen regenerierter Kautschuk, Stahl und Öl von den Häfen der Westküste der USA nach Japan geliefert werden. Senator O'Connor ist Mitglied der Senat-Wirtschaftskommission, die die Lieferung von strategischem Material nach China untersteht. Senator O'Connor forderte das nordamerikanische Handelsministerium auf, die noch bestehenden „großen Lücken“ in der Ausfuhrerzeugung zu schließen, damit solche Lieferungen unterbunden werden können.

ECA-Dollars für Papierfabrik in Portugal

Die Marshallplan-Verwaltung hat nun dem einer neuen Holzschiff- und Papierfabrik in Casca bei Aveiro-Portugal 2,013 Mill. Dollar zur Verfügung gestellt. Durch die Errichtung dieses Werkes soll Portugal in der Papierverzeugung unabhängig von der Einfuhr werden. Man rechnet damit, daß jährlich etwa 35.000 t Holzschiff hergestellt werden können, die Produktion erst später auf 40.000 t erhöht werden, davon etwa 20.000 t gebleichtes Holzschiff, für 20.000 t Papiermasse, die für den Export zur Verfügung stehen würden. Das neue Unternehmen soll 1952 die Produktion von 20.000 t Holzschiff aufnehmen. Die Werksaufwendungen werden aus dem Ausland bezogen und zwar für über 4 Mill. Dollar aus den USA, für rund 1,07 Mill. Dollar aus Großbritannien und für 0,2 Mill. Dollar aus Schweden und Finnland. Gegenwärtig muß Portugal jährlich etwa 14.500 t Holzschiff aus dem Ausland beziehen.

Vor starken Steuererhöhungen in Dänemark

„Man muß zu der Erkenntnis kommen, daß es nicht geht, einen höheren Lebensstandard zu haben als vor dem Krieg, da das Land heute viel ärmer ist als vor 1949“, schreibt die maßgebende Kopenhagener Wirtschaftszeitung „Børsen“ in einem Kommentar zu dem am letzten Wochenende von der dänischen Regierung im Reichstag gewissermaßen im „Blitztempo“ durchgebrachten großen Steuer- und Anleiheprogramm, durch welches der Staatskassa rd. 820 Mill. dKr. — das ist nicht viel weniger als ein halbes staatsliche Einnahmehöhenpost — zugeführt werden sollen. In der Begründung zu diesem Programm sagte Staatsminister Erik Erikson u. a.: „Wir versuchen jetzt, dem Volk klarmachen, daß wir während mehr verbundene als produziert und unsere Armat mit dem Mantel der Inflation verdeckt haben.“

Eine Betrachtung der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Dänemark zeigt, daß diese Charakteristika mit prognostischen Ansichten nichts zu tun haben, daß sie vielmehr nur der Wirklichkeit Rechnung tragen. Sehr ähnlich der Entwicklung in zahlreichen anderen Ländern begann sich auch der Abwertung im vergangenen Jahre das Verhältnis zwischen Gütererzeugung und Verbrauch auf der einen sowie Preisbewegung auf der anderen Seite mannigfaltig der Güterplätze zu verschlechtern. Mit dem Ausbruch des Korea-Krieges nahm dieses Auseinanderklaffen jedoch infolge der besonders engen Verbindung Dänemarks zum Weltmarkt — das zu den Ländern mit höchster Außenhandelsquote gehört — immer schlimmere Formen an.

Die Industrieproduktion (1950 = 100) stieg von September vorigen zum gleichen Monat dieses Jahres von 140 auf 176, also genau um 10%. In der für Dänemark besonders wichtigen tierischen Veredelungsgewirtschaft erhöhte sich die Produktionsleistung (gleichfalls 1950 = 100)

von 99 auf 194. Auf die Vorkriegszeit bezogen entspricht dies einem gesamten Produktionszuwachs von etwa 40%.

Im Außenhandel hat sich infolge der nachhaltigeren Zunahme der Einfuhr als der Ausfuhr der Fehlbetrag seit 1949 zu dem drei ersten Vierteljahre 1950 von 617,4 Mill. dKr. auf 1071,9 Mill. dKr. vergrößert. Während die Einfuhr von 2096,3 Mill. dKr. auf 4268,4 Mill. dKr. gestiegen ist, erhöhte sich der Export nur von 1439,9 Mill. dKr. auf 3235,5 Mill. dKr. mit der Folge, daß die Netto-Devisenvermehrung der Dänemarks Nationalbank und die der Privatbanken zwischen Jahresbeginn und September — Ultimeo von rd. 428 Mill. dKr. auf 470 Mill. dKr. angewachsen ist.

Im Bereich der Preise, der Lebenshaltungskosten und des Geldes hat sich der Aufblähungsprozess, im besonderen seit der Abwertung verschärft. Die Großhandelspreise (1935 = 100) sind bis Oktober dieses Jahres von 327 auf 306 oder zeitlich 30% in die Höhe gegangen. Wird man aber, ebenso wie in der Gütererzeugung, die Vorkriegszeit, in welcher eine ungleiche Gleichgewichtslage angenommen werden darf, zugrunde gelegt, dann steht einer um 49% gestiegenen Gütererzeugung die Aufblähung der Preise um 300% gegenüber. Die für die Lohnregelung maßgebende Kommission der Einzelhandelspreise (Juli 1914 = 100) hat sich seit der Abwertung zwar erst von 307 auf 333 erhöht, doch ist zu bezeichnen, daß diese Ziffer nur vierteljährlich berechnet wird, und daß dadurch gerade die letzten internationalen Preissteigerungen bisher nicht angedeutet voll mit ihr zum Ausdruck gebracht werden. Mit Bangen sieht die Regierung der nächsten Veröffentlichung zu Beginn 1951 entgegen, weil mit Sicherheit ein kräftiger Sprung nach oben erwartet werden muß, der wiederum Lohnforderungen aktuell machen dürfte. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang dann ferner, daß sich der Notenlauf seit der Vorkriegszeit fast verdoppelt und die Bankkredite gut verdoppelt haben.

In keinem anderen Lande dürfte sich seit der Abwertung das Taxativverhältnis zum Ausland derart verschlechtert haben wie in Dänemark. Im Abwertungsmonat lag der Exportpreisindez mit 266 um 18 Punkte über dem Importpreisindez von 290. Im Oktober dieses Jahres war der Exportpreisindez auf 280 abgesunken, der Importpreisindez dagegen auf 354 angestiegen. Das besagt, daß sich im Laufe eines Jahres etwa die dänischen Einfuhren um zeitlich 30% verteuert haben, während die Exporterzeugnisse billiger geworden sind. Zu einem recht weithinigen Teil ist diese Verschlechterung der Außenhandelsbedingungen auf die wenig gleichlichen langfristigen Lieferverträge mit praktisch „steifen“ Preisen mit Dänemark bedeutendsten Außenhandelspartnern zurückzuführen. Der nicht sonderlich großen Zunahme der gesamten Güterproduktion bei demgegenüber sehr viel mehr gestiegenen Preisen und Löhnen ist eine ständige Ausdehnung des Verbrauchs parallel gefolgt. Diese Feststellung läßt sich an der Bewegung der Kennziffern der Einzelhandelspreise von Verbrauchsgütern erkennen.

Im Jahresdurchschnitt 1949 lagen die Umsätze bei 234 (Monatsdurchschnitt Juli 1939/Juni 1949 = 100) 1949 bei 286 und sind bis zur Mitte dieses Jahres auf 361 in die Höhe gestiegen. Der Verbrauch hält sich bei Gesamtsicht zur Zeit um etwa 135% über Vorkriegsniveau, während der Textilverbrauchsanstieg um zeitlich 300% zugenommen hat. Grundsätzlich kann die wirtschaftliche Entwicklung Dänemarks seit Kriegsende etwa so charakterisiert werden, daß im Zuge der Bestrebungen eines möglichst schnellen Wiederaufbaus der Verbrauch der Bereitstellung von Waren aus der eigenen Produktion zuzüglich Warenzufuhr stets um einiges vorausgegangen ist, daß praktisch also ein in seinem Umfang nicht erfüllbarer Substanzverbraucher stattgefunden haben muß, der durch die Kompensation der Verunsicherung der Lebenshaltung in Form höherer Gehälter und Löhne und durch die steigende Devisenverschuldung finanziert worden ist.

Eines der wesentlichen Ziele des einigungs erhaltenden Steuer- und Anleiheprogramms besteht denn auch darin, den von dänischen Finanzministern auf etwa 500 Mill. dKr. geschätzten Kaufkraftüberschuß abzuschöpfen, um von dieser Seite her die Möglichkeiten eines zusätzlich Drucks auf die Preise in steigender Richtung unschädlich zu machen. Es ist kaum zu beurteilen, ob damit allein die Wiederherstellung der Gleichgewichtslage der dänischen Wirtschaft erreicht werden kann. Nach Aufhebung eingehender Krisen besteht eine zweifelhafte Belastung in den angebotenen Lieferverträgen, über deren Revision eine wirkliche Gesundung des dänischen Wirtschaftsbauens von vielen Seiten praktisch als unmöglich angesehen wird.

Die dänische Delegation hat auf der Zoll-

konferenz in Torquay mit einer Reihe von Ländern Verhandlungen über gegenseitige Zollherabsetzungen bzw. Einlassungen eingeleitet. „National-Themes“. Bei den Verhandlungen mit der deutschen Bundesrepublik sei es bisher nicht möglich gewesen, irgendein Entgegenkommen von Bedeutung zu erzielen. Sollte es dabei bleiben, würde dies sehr bedauerliche Konsequenzen haben, erklärte das Blatt, da der neue westdeutsche Zolltarif stark erhöhte Sätze enthalte.

Höhere Kredite bei der EZU verlangt

Dänemark wird auf der am 1. Dezember beginnenden Tagung des Ministers der OEEC zur Erhöhung seines Kredits bei der Europäischen Zahlungsunion (EZU) drängen, vernehmen die dänischen Bundesblätter. Ein Sprecher seines Landes am 30. November nach Paris fingen, Dänemark erwartet jetzt Berücksichtigung seines Kreditantrages, nachdem es alle möglichen Maßnahmen zur Beseitigung seiner Zahlungsbilanz ergriffen hat. Auf eine Reihe von Faktoren, die die Zahlungsbilanz verschlechtern, habe Dänemark aber keinen Einfluß und wird von offizieller Seite erklärt, so habe sich das Verhältnis von Ausfuhr zu Einfuhr in den letzten Monaten um 30% verschlechtert. Auch die Zurückhaltung Deutschlands bei der Einfuhr habe die dänische Lage merklich verschlechtert.

Die Frage könnte paradox klingen, doch muß man berücksichtigen, daß die Welt immer mehr Öl braucht und daß Öl zu einem ausschlaggebenden Faktor in der hohen Politik und in der Wirtschaft geworden ist. Das hat nicht nur der erste Weltkrieg bewiesen, als nach einem verheerenden Welt Krieg das Öl der Alliierten 1917 bis 1918 von einer „Ölwege zum Siege getragen wurden“, sondern auch der zweite Weltkrieg, als Rommel infolge Treibstoffmangels mit seinen Panzern im Afrikafeldzug scheiterte und der deutsche Vormarsch in Rußland aus dem gleichen Grund — Treibstoffmangel infolge ungenügender Nachschubs — an vielen Stellen zum Stehen kam. Auf der anderen Seite hat die große Ölnotung, die von den Alliierten über durch England, weiter über den Kanal nach Frankreich und schließlich bis an den Rhein die alliierten Truppen vor jeden Treibstoffmangel bewahrt.

Die Frage, welchen Rang die Sowjetunion heute unter den Ölländern der Welt einnimmt, ist angesichts des Koreakrieges durchaus berechtigt. Sie wird in einem soeben erschienenen Buch von A. M. Stammer) eindeutig und leidenschaftlich beantwortet. Dieses Buch zeichnet sich durch eine klare und sachliche Darstellung aller Probleme aus, die alles an der Weltwirtschaft interessierten Kreisen trotz aller Sachlichkeit eine fesselnde Fiktion in die Hintergründe der Ölpolitik gibt, ohne dabei in Sensationsschreierei zu verfallen. Das unterrichtet das Buch vorzüglich über die ökonomischen und politischen Verhältnisse, die in der Vergangenheit über das Thema veröffentlicht wurden. Es gibt sogar dem mit wirtschaftlichen Kenntnisse nicht vorbelasteten Leser ein Bild von der Macht des Erdöls in der modernen Wirtschaft und in der hohen Politik.

Soweit die Sowjetunion als Erdölfeld in Frage kommt, möchte wir dem Verfasser nachsehend das Wort geben.

„Man muß sich die eigenartigen Verhältnisse des Sowjetstaates vergegenwärtigen, um einen Maßstab dafür zu gewinnen, ob die Situation der Erdölwirtschaft für das Land befriedigend ist oder nicht. In einer freien Wirtschaft ist die Nachfrage und das Ausmaß ihrer Befriedigung der Gradmesser für wirtschaftliche Bilanz. In der Sowjetunion wird diese Nachfrage, der Bedarf, von allmächtigen Staat festgesetzt und gelenkt. Die russische Macht richtet heute von der Höhe der Erdölnotung. Es liegt auf der Hand, daß schon allein das Funktionieren des militärischen Apparates, der einen ausnehmenden Teil der Landesoberfläche der Erde beherrscht, gewaltige Mengen von Treibstoff und Schmiermitteln schließt. Daneben verlangen die Traktoren der motorisierten Landwirtschaft nach Öl. Schließlich nicht noch der zivile Bedarf. Ihn zu steuern und je nach der Versorgungssituation zu beschneiden, liegt in der Hand der Sowjetregierung. Es ist die Reservern, die angegriffen wird, wenn es dem Sowjet zur wirtschaftlichen oder politischen Gründen geboten erscheint, als Ölexporteur auf dem Weltmarkt aufzutreten. Aber natürlich kann auch der zivile Bedarf nicht beliebig gedrosselt werden, wenn nicht die industrielle Entwicklung des Landes darunter leiden und gegenüber den mächtigen Gegensektoren im Westen ins Hintertreffen geraten soll.“

Die einseitliche straffe Lenkung durch einen mit unbeschränkter Autorität ausgestattetem Staat hat zweifelslos ihre Vorteile, besonders in Krisenzeiten. Der Blick über dreißig Jahre sowjetischer Ölwirtschaft erlaubt es jedoch heute zu sagen, daß das freie Spiel der Kräfte in der „kapitalistischen“ Wirtschaft des Westens sich als weit überlegen erwiesen hat. Die Sowjets haben die enormen Ölvorräte ihres Landes nicht wirksam in den Ausland erschlossen, wie es die privaten Ölgesellschaften des Westens in ihren Ländern getan haben. Obgleich wurde die Sowjetunion von zwei Weltkriegen unmittelbar berührt als beispielweise Amerika. Aber nehmen wir einmal die fünfzehn Jahre ungenutzter Ölwirtschaft Entwicklung von 1920 bis 1939 zum Vergleich. 1935 hatten die Sowjets mit einer Förderung von rund 8,4 Mill. t die Kriegschäden überwunden und den Produktion

* Alfred M. Stammer, Erdöl, Märkte und Probleme mit sehr bildhaften, zwei großen Übersichtskarten und sehr graphischen Darstellungen im Text 75 Seiten. Geb. 4,50 DM, Verlag Dunton und Becker, Kewter.

Österreich verdoppelt Handel mit Deutschland

Die österreichische Bundeswirtschaftskammer veranstaltete für die deutschen Journalisten in Österreich am 28. November eine Pressekonferenz, deren Gegenstand der neue deutsch-österreichische Handels-Vertrag und seine Auswirkungen auf die Wirtschaftsverhältnisse zwischen beiden Ländern war. Generalsekretär Dr. Korinek und die an den Verhandlungen in Frankfurt am Main maßgeblich beteiligten Herren des Handelsministeriums und der Bundeswirtschaftskammer standen den Journalisten Rede und Antwort. Übereinstimmend wurden der freundschaftliche Geist und gute Wille gelobt, der bei diesen unwürdevoll schwierigen Verhandlungen alle Beteiligten beherrschte.

Eröffnet leit man in Wien darüber, daß der neue Vertrag das Exportvolumen ungefähr verdoppelt. Was das bedeutet, zeigt die Entwicklung des letzten Jahres, in dem der österreichische Export nach Deutschland seit Sept. 1949 von 21 Mill. Schilling auf 114 Mill. Schilling im September 1950 anstieg, während die deutsche Ausfuhr nach Österreich sich in der gleichen Zeit von 54 auf 110,5 Mill. Schilling erhöhte. Bedeutend wird, daß Deutschland die nahezu 100prozentige Liberalisierung der Einfuhr im alten Vertrag nun durch die bloß 60-prozentige Liberalisierung ersetzt hat und für den Rest Kontingente festsetzt. Noch mehr besorgt leit man in Österreich darüber, daß Deutschland sich diesmal das Recht vorbehalten hat, die Katastrophenkontingente notfalls auch gegenüber Waren im Rahmen der vereinbarten Kontingente anzuwenden.

Gewisse Befürchtungen hegt man auch bezüglich des deutschen Einfuhrverhaltens. Der neue deutsch-österreichische Handelsvertrag hängt davon ab, daß Deutschland mit seinen Einfuhren aus Österreich gewissenmaßen die Startbedingungen zum neuen Warenkreislauf gibt, denn Österreich kann nur so viel importieren, wie es durch Exporte verdient. In diesem Zusammenhang wurde betont, daß jede deutsche Maß, die für österreichische Waren, ausgegeben wird, nach Deutschland voll zurückfließt, da Österreich, das ebenfalls deutsche Waren aller Art dringend braucht, für jede im Export oder Fremdenverkehr verdiente deutsche Mark sofort wieder deutsche Waren einkaufen werde. Österreichischerseits zeigt man sich sehr besorgt über die deutschen Meldungen, wonach

die alten Import-Lizenzen ab 15. 12. unwirksam werden sollen.

Sehr befriedigt leit man hingegen darüber, daß die lebenswichtigen Importe von 600 t deutsche Schrotte und rund 3 Mill. t Kohle geachtet sind, ebenso auch darüber, daß der Pyrenäenvertrag nun als normale Leistung anerkannt worden ist und nicht mit nicht-lebenswichtigen Waren kompensiert zu werden braucht. Über die Transferierung der Spitzenbeträge der Filmstudiergebnisse soll zu einem späteren Zeitpunkt, beraten werden. Österreich hat die Absicht, so wurde betont, die Exporterlöse aus österreichischen Waren nach Deutschland gleichmäßig auf die deutschen Kontingente zu streuen, um alle deutschen Exportinteressen zu berücksichtigen. Bücher werden in Zukunft in 1:1 aus- und eingeführt, während es bisher so gewesen ist, daß die Österreichische Nationalbank nur 60% der Exporterlöse für Bücherimporte freigibt.

Da von dem im letzten Fremdenverkehrsbilanzkonzept für Österreichischen deutscher Staatsbürger zur Verfügung gestellten 3 Mill. Dollar oder 4,4 Mill. DM von Juli bis November nur etwa 1,2 Mill. DM verwendet wurden und deutscherseits das Schenkungsverfahren teilweise im alten Vertrag mit der Verwendung der übrigen mehr als 4 Mill. DM aus diesem Abkommen während der Winter- und Frühjahrsmonate und hofft auf einen starken deutschen Reiseverkehr in den kommenden Monaten. Österreich konnte aus prinzipiellen wirtschaftlichen Erwägungen die deutschen Rundfunkübertragungen nicht erfüllen, doch leit man den Deutschen bei der Festsetzung von Schiffahrts- und Hafendienstleistungen weit entgegenkommend.

Generalsekretär Dr. Korinek betonte, daß alle Voraussetzungen für einen möglichst intensiven Warenaustausch zwischen beiden Ländern gegeben seien, zu dessen weiteren Ausbau die Bundeswirtschaftskammer bestrebt sei, neben der österreichischen Außenhandelsstelle in Frankfurt a. M. noch eine Zweigstelle in Stuttgart zu errichten. Wichtig sei, so wurde abschließend erklärt, daß der Vertrag möglichst bald unterzeichnet werde und in Kraft trete, und daß die deutschen Aufträge für Österreich schnell und ausgiebig erteilt würden, weil Österreich nur diese Devisen, aber diese in voller Höhe, für österreichische Aufträge an die deutsche Wirtschaft verwenden könne.

Ist die Sowjetunion heute eine Ölmacht?

tionstand der Vorkriegszeit annähernd wieder erreicht. Bis 1929 wurde die Ausbeute bei allerdings Anstrengungen auf 30,5 Mill. t erhöht. In der gleichen Zeitspanne gelang es den anglo-amerikanischen Privatgesellschaften in Venezuela, dessen geschätzte Ölreserven niedriger sind als die der Sowjetunion, die Ausbeute von 2,5 Mill. t 1925 auf 20,5 Mill. t in 1939 zu steigern. Venezuela, das ja nur eines der Tüftlerbereiche der westlichen Ölgesellschaften ist, hat dann in den folgenden Jahren die Sowjetunion weit überholt.

Heute besitzt Rußland, das um die Jahrhundertwende einem so hervorragenden Platz eingestiegen hatte, zwar über 8,6 Prozent der geschätzten Ölreserven vorräte, aber es fördert laufend nicht mehr als 7,1 Prozent der Weltproduktion, das ist der sechste Teil dessen, was die amerikanischen Ölgesellschaften in aller Welt dem Boden an Öl abgewinnen, von der Ausbeute der britisch-holländischen Ölmacht ganz abgesehen. Mit 2,8 Prozent der Raffineriekapazität der Welt ist die Sowjetunion auch auf diesem Sektor nicht sehr stark, zumal die Anlagen ebenso wie die Bohr- und Förderausstattungen auf den Ölfeldern zu einem großen Teil veraltet sind.

Rußland, das einst das erste Tankschiff auf dem Kaspi in Betrieb nahm, hat heute nur noch einen winzigen Anteil von 0,3 Prozent an der Welt-Tankschiff-Flotte. Es ist freilich auf den überseeischen Transport, bei welchem nicht an sehr angelegenen wie die westlichen Länder, aber seine Öltransportprobleme sind darum nicht weniger prekär als beispielsweise die der westeuropäischen Verbraucherstaaten. Man muß sich einmal vergegenwärtigen, daß die Entfernung zwischen dem östlichen Ölproduktionsgebiet der Sowjetunion auf der Insel Sachalin und den westlichen Feindern in Ostgalizien ebenso groß ist wie die Strecke zwischen Abadan und dem Maracaibo-See. Die Basis der sowjetischen Ölversorgung liegt immer noch an dem Hängen des Kaukasus an der Peripherie des Landes, eine geopolitisch wie transporttechnisch recht ungünstige Faktore.

Notenkurse in Zürich am 2. Dez. 1950

1 \$ USA	4,25% / 4,35
1 £ England	10,65 / 11,85
100 Fr Frankreich	1,18% / 1,17%
100 Bfr Belgien	8,57% / 8,56%
100 Hfl Holland	186, — / 188, —
100 sKr Schweden	68, — / 71, —
100 kr Norwegen	43,50 / 43, —
100 Dkr Dänemark	48, — / 48,50
100 Lire Italien	—,82 / —,84
100 Escudos Portugal	14,30 / 14,60
20 sKr Tschosloslowakei	1, — / 1,10
100 arg. Pesos Argentinien	50, — / 52,50
100 Türk. £ Türkei	1,10 / 1,20
100 österr. Schilling Österreich	14, — / 14,30
1 israel. £ Israel	4,90 / 5,40
100 DM Deutschland	86,50 / 88,30

Hier abtrennen und einstecken:

An dem

Karlsruher Wirtschaftsverlag GmbH

Karlsruhe i. B., Veldhenstraße 15

Probe-Bezug

Senden Sie mir die „Wirtschaftsrevue“ kostenlos einen Monat zur Probe

Name	
Ort	

Stempel und Hausnummer

Welt-Warenmärkte

Große Preis-Schwankungen wegen Lageveränderung in Korea

Kautschuk, Baumwolle, Wolle, Kaffee, Öl und Fette sehr fest — Kakao gehalten — Getreide und Zucker schwächer

Die Weltwirtschaft hat sich in den letzten Tagen mit steigendem Interesse mit dem Geschehen befaßt, das irgendeine Form der Verständigung der verfeindeten Mächte von Rohstoffen auf die Bedürfnisse der Abnehmerländer in der westlichen Welt gefunden werden müsse. Dieser Gedanke hat schon recht konkrete Formen angenommen. So wird sich eine Delegation der OEEC Anfang Dezember nach Washington begeben, um dort mit der Regierung der USA Probleme der Preisgestaltung und der Rohstoffversorgung zu beraten. Das weitere sollen die Bemühungen von Großbritannien und Frankreich sein, aus gut unterrichteten Kreisen, verläßt, zu erreichen haben, auf dem am 1. Dezember begonnenen Tagung des Rates der OEEC in Paris und „bei jeder anderen Gelegenheit“ die USA aufzufordern, ihre Käufe für die strategische Reserve mit dem „vernünftigen“ Bedarf anderer Länder abzustimmen. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß der nordamerikanische Außenminister, Dean Acheson, erklärt habe, der kommunistische Angriff in Korea sei nur eine „Masse“ oder ein „Vorpiel“ für noch ernsthaftere Bedrohungen in Europa. Unter diesen Umständen kann man sich erklären, wenn London und Paris darüber beunruhigt sind, daß Washington mit seinen sogenannten Mitteln alles verfügbare Angebot von Rohstoffen aus dem Markt ziehen, während man in Europa sich auf Schwächung der Produktion des laufenden Rüstungsbedarfs einläßt. Es wird betont, daß die Bereitschaft Washington, Ansprüche oder gar Schwarzmarktpreise zu bezahlen, schon jetzt in einem unerträglichen Zustand gefaßt habe.

Die von 1. Dezember begonnene Tagung des Rates der OEEC in Paris wird sich hauptsächlich mit einer Koordinierung der Einkaufspolitik der europäischen Länder befassen. Selbst dieses Problem wird nicht ganz leicht zu lösen sein, und zwar nicht einmal für die Europa gewonnenen Rohstoffe. Für die übrigen Rohstoffe, und das ist der größte und der wichtigste Teil, die außerhalb Europas gewonnen werden, dürfte daher eine engere Zusammenarbeit aller beteiligten Länder die Voraussetzung für einen Erfolg sein. Einige dieser Rohstoffe sind Kupfer, Zinn, das Sterling-Block etc., das hier schon gewisse Beziehungen zu den übrigen OEEC-Ländern gegeben sind. Man glaubt, daß die gemeinsame Gefahr vielleicht eine gemeinsame Basis in der Behandlung Angelegenheiten erringen werde. Doch wird anerkannt, daß das Problem sehr große Schwierigkeiten aufweist, zumal nach den Erfahrungen der letzten Zeit, wo jeder in dem die Ware praktisch aus der Hand gelassen habe.

Einem direkten Zusammenhang mit der Rohstoffversorgung der westlichen Welt stehen übrigens die anhaltenden starken Goldverlustrer der Vereinigten Staaten, über die in dieser Stelle schon des Öfteren berichtet wurde. In der Woche zum 29. November sind die Goldreserven der USA um weitere 80 Mill. Dollar zurückgegangen, wodurch sich der Goldverlust in den vergangenen vier Wochen auf 233 Mill. und seit Ausbruch des Korea-Krieges auf 1,94 Mill. Dollar erhöht. Die ausländischen Goldbesitzer bei den Federal Reserve Banken fielen in der Woche zum 29. November um 12 Mill. Dollar. Auf der anderen Seite war der Zugang von „Fremdkapital“ bei den britischen Banken in der Periode von Mitte Oktober bis Mitte November dieses Jahres erheblich geringer als im Vormonat.

Man bringt diese Entwicklung mit dem großen Goldverlust der USA, mit dem hohen Stand der Kurse für Termingeschäften London an den ausländischen Devisenmärkten, mit den

steigenden Preisen an den Rohstoffmärkten, mit der günstigen Handelslage und dem hohen Produktionsstand der britischen Industrie sowie mit dem Unsicherheits in Verbindung, unter denen im Gegensatz zu Großbritannien die Wirtschaft der meisten europäischen Länder leiden, und glaubt, daß unter diesen Umständen die weitere Zuzunahme der britischen Gold- und Dollarreserven gestoppt werden könne. Dabei darf nicht vergessen werden, daß sich Großbritannien in einer besonders günstigen Lage befindet, als es wahrscheinlich in erster Linie die hohen Preise für Sterling-Gold und die zu der Zunahme der britischen Gold- und Dollarreserven beitragen. Für jene europäischen Länder, die ohne eigene Rohstoffbasis überwiegend auf den Gewinn aus der Veredlung ausgeübter Rohstoffe angewiesen sind, wie beispielsweise Westdeutschland und Schweden, ergibt sich wahrscheinlich als ständiger Ausgang eine starke Durchdringung der Produktionsmethoden und Modernisierung der Produktionsstätten, um an den Ausfuhrmärkten konkurrenzfähig zu bleiben, gleichzeitig den größten Nutzen aus ihrer Veredelungsindustrie zu ziehen.

Die Verschärfung der Lage am Kriegsschauplatz in Korea führte in der Woche zum 1. Dezember an den meisten Rohstoffmärkten zu Preisveränderungen von vorwiegend vorübergehender Natur. Auf den wichtigsten Märkten schließlich für die für Zinn und Kautschuk aus höchstem Niveau.

Getreide

An der Chicagoer Getreidebörse seien die Notierungen für Weizen-Termin-Vertrag 1951/52 23 1/2¢ bis 24 1/2¢ bis 25. November, für für Weizen 20 1/2¢ bis 21 1/2¢ am 28. November, für für Weizen 20 1/2¢ bis 21 1/2¢ am 24. Mai 1951 bis 20 1/2¢ unverändert. Die von der Entwicklung in Korea ausgehenden Auftriebendenden vermehrten die Preisgestaltung nur vorübergehend zu bestimmten Gegenstände. Wie sich nachher herausstellte, das Geschäft, zumal da nach Bericht aus Washington mit einer Verschärfung der Wirtschaftskontrollen auf den Nahrungsmittelmarkt nicht zu rechnen ist. Kennzeichnend für die Lage an den internationalen Getreidemärkten sind Meldungen aus Kanada, die bei sich sich schließlich optischer Beurteilung der Lage doch zwischen den Zeilen eine gewisse Sorge in Bezug auf die Absatzmöglichkeiten für die kanadische Weizenexporte dieses Jahres erkennen lassen. Insbesondere der Vertrag und des Inlandverbrauchs stehen 80 Mill. Bushel zur Verfügung, während sich die Ausfuhrquote Kanadas nach dem internationalen Weizenabkommen nur auf 219 Mill. Bushel beläuft. Der Inlandverbrauch wird mit 153 Mill. Bushel angesetzt. Die westeuropäischen Exportquoten für Wintergetreide sind unter dem starken Regenfälle noch immer vielversprechend. Italien meldet einen ausgerechneten Spitzenstand. Nur aus Spanien kommen Klagen über eine langanhaltende Trockenheit. Der internationale Weizenmarkt befindet, daß Westdeutschland auf Grund seiner Einfuhrquote nach dem internationalen Weizenabkommen in der Woche zum 24. November 13 900 t Weizen von Australien gekauft hat.

In Argentinien beginnt das Anzeigebild der Weizen des Rates der Getreidebörse. Bei Weizen wurde im östlichen Santa Fe und im südlichen Córdoba mit dem Anbau begonnen. Der Ertrag und die Qualität sind in den einzelnen Anbaugebieten verschieden. Das Heckerlter-

gewicht bewegt sich zwischen 70 und 82 kg, gegenüber einem normalen Durchschnitt von 76 kg. Die Malterrie macht begünstigt durch die reichlichen Niederschläge der letzten Zeit ausgezeichnete Fortschritte. Westdeutschland hat in Argentinien 20 000 t Weizen zu 810 Dollar je t mit westdeutschen Häfen und 800 t Mais zu 43,49 arg. Peso je dt gekauft. In der Woche zum 29. November wurden in argentinischen Häfen mit Bestimmung nach dem europäischen Kontinent 12 553 t Weizen, 1094 t Hafer und 14 667 t Leinsaat verladen. 2001 t Weizen waren für Italien und 480 t für Australien bestimmt. In Mexiko, Getreide, Roggen und Weizenmehl fanden keine Verhandlungen statt.

Getreidepreise

Weizenpreise in Chicago in Dollar-Cents je Bushel, 1 Bushel = 24,7 kg

28. 11. 50	2 12 3/4
29. 11. 50	2 12 3/4
30. 11. 50	2 12 3/4
1. 12. 50	2 12 3/4
2. 12. 50	2 12 3/4
3. 12. 50	2 12 3/4
4. 12. 50	2 12 3/4
5. 12. 50	2 12 3/4
6. 12. 50	2 12 3/4
7. 12. 50	2 12 3/4
8. 12. 50	2 12 3/4
9. 12. 50	2 12 3/4
10. 12. 50	2 12 3/4
11. 12. 50	2 12 3/4
12. 12. 50	2 12 3/4
13. 12. 50	2 12 3/4
14. 12. 50	2 12 3/4
15. 12. 50	2 12 3/4
16. 12. 50	2 12 3/4
17. 12. 50	2 12 3/4
18. 12. 50	2 12 3/4
19. 12. 50	2 12 3/4
20. 12. 50	2 12 3/4
21. 12. 50	2 12 3/4
22. 12. 50	2 12 3/4
23. 12. 50	2 12 3/4
24. 12. 50	2 12 3/4
25. 12. 50	2 12 3/4
26. 12. 50	2 12 3/4
27. 12. 50	2 12 3/4
28. 12. 50	2 12 3/4
29. 12. 50	2 12 3/4
30. 12. 50	2 12 3/4
31. 12. 50	2 12 3/4
1. 1. 51	2 12 3/4
2. 1. 51	2 12 3/4
3. 1. 51	2 12 3/4
4. 1. 51	2 12 3/4
5. 1. 51	2 12 3/4
6. 1. 51	2 12 3/4
7. 1. 51	2 12 3/4
8. 1. 51	2 12 3/4
9. 1. 51	2 12 3/4
10. 1. 51	2 12 3/4
11. 1. 51	2 12 3/4
12. 1. 51	2 12 3/4
13. 1. 51	2 12 3/4
14. 1. 51	2 12 3/4
15. 1. 51	2 12 3/4
16. 1. 51	2 12 3/4
17. 1. 51	2 12 3/4
18. 1. 51	2 12 3/4
19. 1. 51	2 12 3/4
20. 1. 51	2 12 3/4
21. 1. 51	2 12 3/4
22. 1. 51	2 12 3/4
23. 1. 51	2 12 3/4
24. 1. 51	2 12 3/4
25. 1. 51	2 12 3/4
26. 1. 51	2 12 3/4
27. 1. 51	2 12 3/4
28. 1. 51	2 12 3/4
29. 1. 51	2 12 3/4
30. 1. 51	2 12 3/4
31. 1. 51	2 12 3/4
1. 2. 51	2 12 3/4
2. 2. 51	2 12 3/4
3. 2. 51	2 12 3/4
4. 2. 51	2 12 3/4
5. 2. 51	2 12 3/4
6. 2. 51	2 12 3/4
7. 2. 51	2 12 3/4
8. 2. 51	2 12 3/4
9. 2. 51	2 12 3/4
10. 2. 51	2 12 3/4
11. 2. 51	2 12 3/4
12. 2. 51	2 12 3/4
13. 2. 51	2 12 3/4
14. 2. 51	2 12 3/4
15. 2. 51	2 12 3/4
16. 2. 51	2 12 3/4
17. 2. 51	2 12 3/4
18. 2. 51	2 12 3/4
19. 2. 51	2 12 3/4
20. 2. 51	2 12 3/4
21. 2. 51	2 12 3/4
22. 2. 51	2 12 3/4
23. 2. 51	2 12 3/4
24. 2. 51	2 12 3/4
25. 2. 51	2 12 3/4
26. 2. 51	2 12 3/4
27. 2. 51	2 12 3/4
28. 2. 51	2 12 3/4
29. 2. 51	2 12 3/4
30. 2. 51	2 12 3/4
31. 2. 51	2 12 3/4
1. 3. 51	2 12 3/4
2. 3. 51	2 12 3/4
3. 3. 51	2 12 3/4
4. 3. 51	2 12 3/4
5. 3. 51	2 12 3/4
6. 3. 51	2 12 3/4
7. 3. 51	2 12 3/4
8. 3. 51	2 12 3/4
9. 3. 51	2 12 3/4
10. 3. 51	2 12 3/4
11. 3. 51	2 12 3/4
12. 3. 51	2 12 3/4
13. 3. 51	2 12 3/4
14. 3. 51	2 12 3/4
15. 3. 51	2 12 3/4
16. 3. 51	2 12 3/4
17. 3. 51	2 12 3/4
18. 3. 51	2 12 3/4
19. 3. 51	2 12 3/4
20. 3. 51	2 12 3/4
21. 3. 51	2 12 3/4
22. 3. 51	2 12 3/4
23. 3. 51	2 12 3/4
24. 3. 51	2 12 3/4
25. 3. 51	2 12 3/4
26. 3. 51	2 12 3/4
27. 3. 51	2 12 3/4
28. 3. 51	2 12 3/4
29. 3. 51	2 12 3/4
30. 3. 51	2 12 3/4
31. 3. 51	2 12 3/4
1. 4. 51	2 12 3/4
2. 4. 51	2 12 3/4
3. 4. 51	2 12 3/4
4. 4. 51	2 12 3/4
5. 4. 51	2 12 3/4
6. 4. 51	2 12 3/4
7. 4. 51	2 12 3/4
8. 4. 51	2 12 3/4
9. 4. 51	2 12 3/4
10. 4. 51	2 12 3/4
11. 4. 51	2 12 3/4
12. 4. 51	2 12 3/4
13. 4. 51	2 12 3/4
14. 4. 51	2 12 3/4
15. 4. 51	2 12 3/4
16. 4. 51	2 12 3/4
17. 4. 51	2 12 3/4
18. 4. 51	2 12 3/4
19. 4. 51	2 12 3/4
20. 4. 51	2 12 3/4
21. 4. 51	2 12 3/4
22. 4. 51	2 12 3/4
23. 4. 51	2 12 3/4
24. 4. 51	2 12 3/4
25. 4. 51	2 12 3/4
26. 4. 51	2 12 3/4
27. 4. 51	2 12 3/4
28. 4. 51	2 12 3/4
29. 4. 51	2 12 3/4
30. 4. 51	2 12 3/4
31. 4. 51	2 12 3/4
1. 5. 51	2 12 3/4
2. 5. 51	2 12 3/4
3. 5. 51	2 12 3/4
4. 5. 51	2 12 3/4
5. 5. 51	2 12 3/4
6. 5. 51	2 12 3/4
7. 5. 51	2 12 3/4
8. 5. 51	2 12 3/4
9. 5. 51	2 12 3/4
10. 5. 51	2 12 3/4
11. 5. 51	2 12 3/4
12. 5. 51	2 12 3/4
13. 5. 51	2 12 3/4
14. 5. 51	2 12 3/4
15. 5. 51	2 12 3/4
16. 5. 51	2 12 3/4
17. 5. 51	2 12 3/4
18. 5. 51	2 12 3/4
19. 5. 51	2 12 3/4
20. 5. 51	2 12 3/4
21. 5. 51	2 12 3/4
22. 5. 51	2 12 3/4
23. 5. 51	2 12 3/4
24. 5. 51	2 12 3/4
25. 5. 51	2 12 3/4
26. 5. 51	2 12 3/4
27. 5. 51	2 12 3/4
28. 5. 51	2 12 3/4
29. 5. 51	2 12 3/4
30. 5. 51	2 12 3/4
31. 5. 51	2 12 3/4
1. 6. 51	2 12 3/4
2. 6. 51	2 12 3/4
3. 6. 51	2 12 3/4
4. 6. 51	2 12 3/4
5. 6. 51	2 12 3/4
6. 6. 51	2 12 3/4
7. 6. 51	2 12 3/4
8. 6. 51	2 12 3/4
9. 6. 51	2 12 3/4
10. 6. 51	2 12 3/4
11. 6. 51	2 12 3/4
12. 6. 51	2 12 3/4
13. 6. 51	2 12 3/4
14. 6. 51	2 12 3/4
15. 6. 51	2 12 3/4
16. 6. 51	2 12 3/4
17. 6. 51	2 12 3/4
18. 6. 51	2 12 3/4
19. 6. 51	2 12 3/4
20. 6. 51	2 12 3/4
21. 6. 51	2 12 3/4
22. 6. 51	2 12 3/4
23. 6. 51	2 12 3/4
24. 6. 51	2 12 3/4
25. 6. 51	2 12 3/4
26. 6. 51	2 12 3/4
27. 6. 51	2 12 3/4
28. 6. 51	2 12 3/4
29. 6. 51	2 12 3/4
30. 6. 51	2 12 3/4
31. 6. 51	2 12 3/4
1. 7. 51	2 12 3/4
2. 7. 51	2 12 3/4
3. 7. 51	2 12 3/4
4. 7. 51	2 12 3/4
5. 7. 51	2 12 3/4
6. 7. 51	2 12 3/4
7. 7. 51	2 12 3/4
8. 7. 51	2 12 3/4
9. 7. 51	2 12 3/4
10. 7. 51	2 12 3/4
11. 7. 51	2 12 3/4
12. 7. 51	2 12 3/4
13. 7. 51	2 12 3/4
14. 7. 51	2 12 3/4
15. 7. 51	2 12 3/4
16. 7. 51	2 12 3/4
17. 7. 51	2 12 3/4
18. 7. 51	2 12 3/4
19. 7. 51	2 12 3/4
20. 7. 51	2 12 3/4
21. 7. 51	2 12 3/4
22. 7. 51	2 12 3/4
23. 7. 51	2 12 3/4
24. 7. 51	2 12 3/4
25. 7. 51	2 12 3/4
26. 7. 51	2 12 3/4
27. 7. 51	2 12 3/4
28. 7. 51	2 12 3/4
29. 7. 51	2 12 3/4
30. 7. 51	2 12 3/4
31. 7. 51	2 12 3/4
1. 8. 51	2 12 3/4
2. 8. 51	2 12 3/4
3. 8. 51	2 12 3/4
4. 8. 51	2 12 3/4
5. 8. 51	2 12 3/4
6. 8. 51	2 12 3/4
7. 8. 51	2 12 3/4
8. 8. 51	2 12 3/4
9. 8. 51	2 12 3/4
10. 8. 51	2 12 3/4
11. 8. 51	2 12 3/4
12. 8. 51	2 12 3/4
13. 8. 51	2 12 3/4
14. 8. 51	2 12 3/4
15. 8. 51	2 12 3/4
16. 8. 51	2 12 3/4
17. 8. 51	2 12 3/4
18. 8. 51	2 12 3/4
19. 8. 51	2 12 3/4
20. 8. 51	2 12 3/4
21. 8. 51	2 12 3/4
22. 8. 51	2 12 3/4
23. 8. 51	2 12 3/4
24. 8. 51	2 12 3/4
25. 8. 51	2 12 3/4
26. 8. 51	2 12 3/4
27. 8. 51	2 12 3/4
28. 8. 51	2 12 3/4
29. 8. 51	2 12 3/4
30. 8. 51	2 12 3/4
31. 8. 51	2 12 3/4
1. 9. 51	2 12 3/4
2. 9. 51	2 12 3/4
3. 9. 51	2 12 3/4
4. 9. 51	2 12 3/4
5. 9. 51	2 12 3/4
6. 9. 51	2 12 3/4
7. 9. 51	2 12 3/4
8. 9. 51	2 12 3/4
9. 9. 51	2 12 3/4
10. 9. 51	2 12 3/4
11. 9. 51	2 12 3/4
12. 9. 51	2 12 3/4
13. 9. 51	2 12 3/4
14. 9. 51	2 12 3/4
15. 9. 51	2 12 3/4
16. 9. 51	2 12 3/4
17. 9. 51	2 12 3/4
18. 9. 51	2 12 3/4
19. 9. 51	2 12 3/4
20. 9. 51	2 12 3/4
21. 9. 51	2 12 3/4
22. 9. 51	2 12 3/4
23. 9. 51	2 12 3/4
24. 9. 51	2 12 3/4
25. 9. 51	2 12 3/4
26. 9. 51	2 12 3/4
27. 9. 51	2 12 3/4
28. 9. 51	2 12 3/4
29. 9. 51	2 12 3/4
30. 9. 51	2 12 3/4
31. 9. 51	2 12 3/4
1. 10. 51	2 12 3/4
2. 10. 51	2 12 3/4
3. 10. 51	2 12 3/4
4. 10. 51	2 12 3/4
5. 10. 51	2 12 3/4
6. 10. 51	2 12 3/4
7. 10. 51	2 12 3/4
8	

Verwahrte 14812 Ballen kamen aus den USA, 12 470 Ballen aus Ägypten, 12 441 Ballen aus Peru und 2090 Ballen aus Mexiko...

Kautschuk

An der New Yorker Kautschukbörse stieg der Preis für Kautschuk von 47 1/2 je lb am 21. November auf 52 1/2 je lb am 30. November...

Auch an der Londoner Kautschukbörse kam es zu werten Ausschlägen des Preises...

Hüte und Felle

An den internationalen Märkten war die Versorgungslage noch immer schwierig...

NE-Metalle in New York

Charakteristisch für das Geschäft am New Yorker NE-Metallmarkt war der Umstand, daß fast alle Almetalle...

Metalle

Von der Preisseite her gesehen stagnierte die Metallmärkte weiter...

Zinn: Eine Ausnahme wird, wie bisher, nur der Zinnmarkt machen...

Kupfer: Am Kupfermarkt ist die Lage unverändert fest, besonders in den Vereinigten Staaten...

des Vorjahres. Der Kupferverbrauch der Vereinigten Staaten wird für das erste Halbjahr 1950 mit 899 100 t angegeben...

Blei: Die seit einiger Zeit am Bleimarkt zu beobachtende Festigkeit geht von den Vereinigten Staaten aus...

Zink: Unerwartlich fest liegt weiter der Zinkmarkt in den Vereinigten Staaten...

PARIS: widerstandsfähig

Die politischen Ereignisse gaben der Pariser Effektenbörse in der Berichtwoche das Gepräge...

SCHWEIZ: starke Börsen

An den Schweizer Börsen war das Kaufinteresse bereits zum Wochenende...

gemeinen am Vertriebsbedarf, zu befriedigen, und gleichzeitig etwa 20% der normalen Produktion für die Zwecke der amerikanischen Regierung herbeizubekommen...

Aluminium: In den Vereinigten Staaten hat sich ausnahmsweise die Aluminiumverarbeitung in einer Weise angespannt...

Metallpreise von 28. 11. 50. Table with columns for England, USA, Westdeutschl. and rows for Kupfer, Blei, Zink, Zinn, Aluminium.

Auslandsbörsen

Die Lage allgemein ruhiger beurteilt. Die Aktienbewegung der Kurse kam zum Stillstand...

LONDON: schwach

Im Hinblick auf die Abrechnungsperiode herrschte an der Londoner Effektenbörse bereits zum Wochenende eine stärkere Zurückhaltung...

NEW YORK: nach Baisse erhol

Während man zum Wochenende an der New Yorker Kaffeebörse noch der Ansicht war, daß die Unterbrechung des Angriffs der UN-Truppen...

Deutsche Börsen

Table of German stock exchange data with columns for Frankfurt, Düsseldorf, and München, listing various stocks and their prices.



Am 4. Dezember 1950 wurde dieses neue Haus der Niederlassung Mannheim der Continental-Gummi-Werke AG eingeweiht...

pen in Korea und damit auch der Haase-Bewegung am Aktienmarkt nur von vorübergehender Natur...

hingehend kommentiert wurde, daß sich hierdurch auch die inflationistischen Tendenzen verstärken würden...

Table with 2 columns and 6 rows showing data for Durchschnittpreise für various categories like Eisenwaren, Industralien, etc.

Glasbläser, Knopfmacher und Bijoujuweliere

Die ehemaligen Goblitzer Glas- und Schmuckwarenhersteller, sowohl die deutschen Abwanderer...

gen von Inventar und Maschinen, Begrenzung der Entnahmen der Inhaber auf einen Minimalbetrag...

Wenn man mit Leuten aus der ehemaligen Goblitzer Bijouterie- und Schmuckwarenbranche spricht...

Mit der Frage der Konsolidierung eng verbunden — und das bringt noch einen ganz neuartigen Gesichtspunkt für die Wahl des Standortes...

Unterhält man sich weiter, so erkennt man, welche überragende Rolle bei dieser in den genannten Gebieten neuwiederholte Industrie die Frage der Standortwahl spielt...

Bei einem Besuch der Südböhmischen Glasbläse bei Oberursel i. T. konnte man hören, daß — abgesehen von der zufälligen Endstation eines Transports von Goblitzer Glaswaren...